

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 6 Pfg. Kleinanzeigen 25 Pfg. Für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Pfg. — Reklamen 20 Pfg. — Beilagen pro Tausend 20 Mark. Bei langwieriger Beilegung oder Konturs ist jeder Rabatt hinfällig. — Platzanzeigen unverbindlich.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — Fernsprecher 108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Mk. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt, oder Ausfälle rechtfertigen keine Erschuldigung.

Nr. 5.

Mittwoch, 8. Januar 1930.

33. Jahrgang.

30 Jahre Westpreußen rechts der Weichsel

Von Konrektor A. Goch-Marienwerder, Ehrenbürger der Albertus-Universität, Königsberg.

Am 10. Januar 1920 wurde das Urteil über das Schicksal der Provinz Westpreußen rechts der Weichsel gefällt. Die Verteilung der Provinz wurde fast ohne Widerstand durch die Provinz Westpreußen 1772 durch Preußen übernommen, gleich es einer Waise. Die Zugehörigkeit zu Preußen — Deutschland war es, der die Provinz ihren ungeheuren wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung in erster Linie zu danken hat. Der günstigen Entwicklung der Landwirtschaft entsprach bald die Entwicklung von Gewerbe, Industrie und Handel, und der kulturelle Stand Westpreußens gleich sich mehr und mehr dem der anderen preussischen Provinzen an. So war Westpreußen in der Lage, in jeder Beziehung die Brücke zwischen Ostpreußen und dem Reich zu bilden.

Die vielversprechende Entwicklung der Provinz wurde durch die Zerschlagung völlig abgebrochen. Über drei Viertel ihres Bestandes mußte die Provinz nach dem Versailler Vertrag an Polen und Danzig abtreten. Das günstige Ergebnis der Volksabstimmung in den Kreisen Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg verhinderte weitere Gebietsverluste. Diese vier östlich von Weichsel und Rogat gelegenen westpreussischen Kreise bilden nun mit den Kreisen Elbing Stadt und Land seit zehn Jahren den „Regierungsbezirk Westpreußen“, der als vierter Bezirk verwaltungsmäßig an die Provinz Ostpreußen angeschlossen ist.

Die Zerschlagung Westpreußens und die dadurch erfolgte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich hat naturgemäß für alle östlich des Korridors gelegenen Gebiete außerordentlich schwierige Zustände herbeigeführt. Am schwersten leidet hierunter der an der Schnittstelle gelegene Regierungsbezirk Westpreußen. Alle westpreussischen Landkreise sind Grenzkreise geworden und Zollgrenzen trennen die Wirtschaft von ihren nächstgelegenen und natürlichen Absatzplätzen in den alten Provinzen Westpreußen und Posen. Die weiteren Anmarschwege zu neuen Absatzgebieten bedingen eine höhere Frachtkostenbelastung und vermindern erheblich die Wettbewerbsfähigkeit des hiesigen Handels.

Die Abtrennung vom übrigen Deutschland wirkt sich besonders schädlich auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung und der Kreditgewährung aus. Die schwierige wirtschaftliche Lage im Regierungsbezirk verhindert eine nennenswerte Kapitalbildung bei hiesigen Banken und Sparkassen, und bei den Geldgebern im Reich herrscht wegen der Unsicherheit der Verbindung mit Ostpreußen und wegen der bekannten antirektionistischen Einstellung Polens gegenüber Ostpreußen größte Zurückhaltung und Vorsicht. Die Folge hiervon sind die außerordentlich hohen Zinssätze. Unter den bestehenden Kredit-schwierigkeiten leidet die Landwirtschaft natürlich besonders. Sie ist von Jahr zu Jahr mehr gezwungen, von der intensiven zur extensiven Wirtschaft überzugehen und steht mit größter Sorge der Zukunft entgegen. — Nicht besser liegen die Verhältnisse der Industrie, die, ihrer Absatzgebiete und ihres Hinterlandes beraubt, von ihren Rohstoffgebieten abgeschnitten, durch Zölle und Frachten beeinträchtigt, schwer um ihre Existenz ringt. Hierin wird die Industrie Elbing, die mit ihren großen Unternehmen — Schichau (Schiffs- und Automobilbau), Komnik (Kraftfahrzeuge), Voelker u. Wolff (Zellulosefabrik) — steht und fällt, besonders betroffen. Da Handwerk und Gewerbe von Landwirtschaft und Industrie abhängig sind, leiden auch sie sehr unter der schwierigen Gesamtlage.

Das Eisenbahn- und Wegennetz ist an den neuen Grenzen zerschnitten. Die Städte Garsen und Bischofswerder wurden durch die Grenze von ihren Bahnhofen getrennt und dadurch zur vollkommenen Verödung verdammt. Als Wasserverkehrswege kommt die Weichsel überhaupt nicht mehr in Betracht. Durch die völlige Abtrennung von der Weichsel besteht für die östliche Weichselniederung dauernde Überschwemmungsgefahr, weil wir auf die Regulierung des Stromes und die Instandhaltung der Dämme keinen ausreichenden Einfluß haben.

Die Wohnungsnot in Westpreußen wird am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß 45 Prozent aller Wohnungen aus nur einem Zimmer bestehen. Zum Vergleich sei angeführt, daß der Prozentsatz der einräumigen Wohnungen in Berlin 4,1 beträgt. Die Neubautätigkeit konnte den Bedarf an Wohnungen auch nicht annähernd decken.

Durch die Trennung von Danzig, der alten Provinzhauptstadt und dem geistigen Mittelpunkt des Landes, leidet der Regierungsbezirk Westpreußen auch in kultureller Hinsicht sehr, daß man von einer drohenden kulturellen Verkümmern wohl sprechen kann.

Kleinkrieg im Haag

Weitere Fortschritte

Mit. Berlin, 8. Jan. Die gestrigen Beratungen im Haag dienten dazu, eine Reihe minder wichtiger finanzieller Fragen zu erledigen; u. a. die Anpassung des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens an den Youngplan und die noch offenstehenden Fragen bezüglich des Reichsbahngesetzes, während die Erörterung der Frage des negativen Pfandrechts verschoben wurde.

Gestern kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu. Molkenhauer, der sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit mit den schwierigen Einzelfragen außerordentlich schnell und intensiv vertraut gemacht hat, vertrat die deutschen Interessen mit einer solchen Fähigkeit und Unnachgiebigkeit, daß die Verhandlungsgegner in der Nachmittags Sitzung sich beschwerend an den Reichsaussenminister Dr. Curtius wandten. Dr. Curtius benutzte die Gelegenheit, nachdem er die Angriffe auf Molkenhauer zurückgewiesen hatte, zu betonen, daß die deutsche Delegation über das Vorgehen der Gläubigermächte sehr verwundert sei, mit kleinen Forderungen noch finanzielle Vorteile von Deutschland herauszuschlagen, die ganz offensichtlich über den Youngplan und dessen Rahmen hinausgingen. Für Deutschland gebe es nichts weiter, als daß es am Youngplan und dessen sinnvoller Auslegung festhalte.

Trotz dieses Zwischenfalles ist die Stimmung im Haag weiterhin optimistisch. Ob jedoch die Verhandlungen im bisherigen Tempo beendet werden können, wie von einzelnen Gläubigerdelegationen gewünscht wird, erscheint zweifelhaft. Die deutschen Delegierten haben sich, wie die letzten Verhandlungstage gezeigt haben, nicht davon abbringen lassen, in die Verhandlungen eine ruhige und sachliche Atmosphäre hineinzutragen und jeder Absicht einer Festschreibung, wie sie während der ersten Haager Konferenz zu beobachten war, von vornherein auszuweichen. Die gestrige Erklärung Dr. Curtius und sein ruhiges, aber entschiedenes Auftreten, hat sogar auf der Gegenseite ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Haltung des Reichsaussenministers fand auch bei den französischen Delegierten volle Anerkennung.

In Berliner politischen Kreisen und auch in fast allen Berliner Blättern wird die Haltung der deutschen Delegation mit Befriedigung aufgenommen u. als Beweis für einen für Deutschland günstigen Ausgang der Konferenz angesehen, falls nicht die Sanktionsfrage der allgemeinen Verständigung Schwierigkeiten in den Weg legen sollte. Im Haag erwartet man für den heutigen Vormittag die Uebergabe des angekündigten französischen Memorandums. Aus diesem

Nicht zu unterschätzen ist die von Seiten der im Regierungsbezirk wohnenden — zahlenmäßig zwar unbedeutenden, aber sehr aktiven — Polen ausgehende nationalpolitische Gefährdung des Bezirkes, insbesondere einzelner Teile desselben.

Der Regierungsbezirk Westpreußen teilt mit der Provinz Ostpreußen das Schicksal einer belagerten Festung. Der Abbruch der gewaltigen Mauer des Reiches war auch eine Maßnahme des Belagerers gegen den Belagerten. Über trotz aller Verluste, Schädigungen und Schwierigkeiten herrscht im Regierungsbezirk keine Mollität. Überall zeigt sich ein starker Wille zum Wiederaufstieg. Dieser Wille ist begründet in dem festen Glauben daran, daß Westpreußen seine historische Aufgabe, die Brücke zwischen dem Reich und Ostpreußen zu bilden, bereitwillig wieder übernehmen wird. — Durchhalten! —

Der Reichsausschuß erklärt sein Weiterbestehen für notwendig

Mit. Berlin, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Präsidiums des Reichsausschusses wurde u. a. grundsätzlich beschlossen, den Reichsausschuß weiterbestehen zu lassen, „da seine Tätigkeit angesichts des Youngplans und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wichtiger denn je sei“. Ferner wurde beschlossen, den Reichsausschuß in einem Telegramm aufzufordern, das Freiheitsgesetz zu veröffentlichen. Infolge der durch das Auscheiden des Reichsländers und der Christlich-nationalen Bauernpartei entstandenen Lücken wurde eine Ergänzungswahl vorgenommen, durch die u. a. anstelle des ausgeschiedenen Landvolkführers Schiele der deutsch-nationale Abgeordnete und Landvolkführer von Goldader, ferner der brandenburgische Stahlhelmführer Morosow in den Reichsausschuß eintreten.

Gründe ist auch auf Wunsch der deutschen Delegation der heutige Mittwoch Sitzungsfreigegeben worden, um in aller Ruhe an die Ueberprüfung dieser Ausarbeitung zu gehen. Da in gewisser Hinsicht eine Verbindung zwischen der Sanktionsfrage und den finanziellen Fragen besteht, so dürfte die Stellungnahme der deutschen Delegation zu der französischen Ausarbeitung entscheidend auf den weiteren Verlauf der Haager Konferenz sein, und der Donnerstag eine wesentliche Klärung der Lage nach der einen, oder anderen Seite bringen.

Mit. Paris, 7. Jan. Wie aus dem Haag gemeldet wird, macht die Konferenz langsam sichere Fortschritte. Ueber die Sanktionsfrage berichtet Berting heute interessante Einzelheiten. Die französische Delegation, so schreibt Echo de Paris, habe den deutschen Vertretern eine Formel vorgeschlagen, in der gesagt wird, daß nach Ablauf des im Youngplan vorgesehenen Moratoriums der internationale Haager Gerichtshof oder ein anderes Gericht befugt seien, Verfügungen Deutschlands festzustellen, falls solche vorgekommen seien.

Oesterreich und die Reparationsfrage

Mit. Haag, 7. Jan. Der österreichische Bundeskanzler Schöner empfing heute vormittag die Vertreter der Presse, um ihnen die Lage Oesterreichs darzulegen, und sie über die Ziele der österreichischen Politik im Haag zu informieren. Das Ziel der österreichischen Außenpolitik sei der Versuch, die wirtschaftlichen und finanziellen Freiheiten wieder zu erlangen. Oesterreich erhofft von den Verhandlungen eine Befreiung von den Reparationslasten und eine endgültige Liquidierung der Bergangsschulden. Die innere Krise Oesterreichs sei überwunden und es herrsche Ruhe und Ordnung, was wohl ein Zeichen dafür sei, daß man diesen schwer ringenden Staat auch außenpolitisch nicht belasten sollte. Sein Hauptstreben im Haag gehe dahin, freie Bahn für die Investitionsanleihe zu schaffen. Die von Oesterreich zu übernehmenden Verpflichtungen werde es pünktlich erfüllen, doch könne es unter keinen Umständen neue Lasten auf sich nehmen.

Haager Abschluß bis 14. Januar?

Paris, 7. Jan. Einer Haager Matinmeldung zufolge soll der französische Ministerpräsident Tardieu an der Ueberzeugung festhalten, daß die Haager Konferenzarbeiten am 14. Januar beendet sein müßten. Angeblich beabsichtigt Tardieu noch rechtzeitig zur Eröffnung der Kammerferien nach Paris zurückzukehren.

Tschitscherin Vorkascher in Paris?

Paris, 7. Jan. In Pariser politischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, daß Tschitscherin an Stelle des gegenwärtigen russischen Vorkaschers Domogalewski zum Vorkascher in Paris ernannt werden würde. Angeblich soll Domogalewski die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben.

Die Genfer — Kohlenkonferenz

Mit. Genf, 7. Jan. Die Fortsetzung der allgemeinen Aussprache auf der Kohlenkonferenz zeigt, daß man sowohl bei der Regierungsgruppe, als auch bei der Arbeiter- und wahrscheinlich auch bei der Unternehmergruppe bereit ist, die Vorlage des Arbeitsamtes zur internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau als Grundlage für die weiteren Beratungen anzunehmen. Freilich rechnet man auf allen Seiten mit erheblichen Schwierigkeiten, auf die man insbesondere bei der Festlegung der Arbeitsdauer und auch bei der Berechnung stoßen wird. Beachtenswert war die Bestimmtheit, mit der der belgische Arbeitsminister die Dauer der Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit mit einbezogen wissen will, da beide Fahrten das volle Arbeitsrisiko für den Bergarbeiter in sich schließen. Er betonte aber gleichzeitig das große Interesse der Bergarbeiter an einem praktischen Ergebnis der Konferenz und ihren weitgehenden Verständigungswillen.

Allgemein aufgefallen ist die ungemein vorsichtige Erklärung des englischen Regierungsvertreters Chapman, der, obwohl die Initiative zur gegenwärtigen Konferenz von seiner Regierung ausging, auf die Abgabe präziser Erklärungen in diesem Augenblick verzichtete.

Angesichts der für die Festlegung der Arbeitsdauer erwarteten Schwierigkeiten wird man nach den Erklärungen Chapmans nur zu einem vorläufigen Abschluß gelangen, dann nach

Das Neueste in Kürze

Die am 20. Dezember abgebrochenen Saarverhandlungen, die bekanntlich am 10. Januar in Paris wieder beginnen sollten, werden infolge der durch die Haager Konferenz eingetretenen Verzögerung am 15. Januar in Paris von neuem aufgenommen werden.

Der Reparationsagent Parter Gilbert traf gestern mittag aus Amsterdam im Haag ein und nahm an den Nachmittagsberatungen der sechs einladenden Mächte teil.

Die belgische Königsfamilie hat mit der Prinzessin Maria Jose gestern dem Papst einen Besuch abgestattet. König Albert war der erste ausländische Souverän, der den Papst seit der förmlichen Erneuerung des Kirchenstaates aufsuchte.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 30. Dezember in England auf 1 510 200, das sind 206 643 mehr als am 16. Dezember, oder 10 530 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

einigen Jahren in einer zweiten Etappe revidiert und verbessert werden könnte. Die Aussprache wird morgen fortgesetzt. Die Beratungen der Konferenz, die sich Mitte der Woche in Ausschüsse auflösen wird, dürften gegen zwei Wochen beanspruchen.

Kohlenkonferenz und landwirtschaftliche Fragen in Genf

Mit. Genf, 7. Jan. Im Völkerbundsekretariat sind gestern landwirtschaftliche Sachverständige aus 21 Ländern, darunter die Hauptgetreideproduzenten Europas und von Mesopotamien, zu einer ersten Aussprache über die Möglichkeiten zur Verringerung der Weltgetreidepreise zusammengetreten. Gleichzeitig begann gestern vormittag im Internationalen Arbeitsamt die von der letzten Völkerbundversammlung beschlossene vorbereitende technische Kohlenkonferenz, die von den neun Hauptkohlenproduzenten Europas, nämlich, Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Oesterreich, Polen, Spanien und die Tschechoslowakei, beschickt ist. Mit zahlreichen Sachverständigen kommt die Zahl der Teilnehmer auf etwa 100, jedoch man die gegenwärtige Konferenz als die bisher größte Kohlenkonferenz ansprechen kann. Hauptgegenstand der Kohlenkonferenz ist die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau, wofür das Arbeitsamt einen Vertragsentwurf ausgearbeitet hat. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der englische Regierungsvertreter Walter Robert Smith, parlamentarischer Sekretär im Handelsministerium, bestellt. Als Vizepräsidenten wurden gewählt der deutsche Unternehmervertreter Dr. Jungst vom Bergbauverein in Essen und der belgische Arbeiterdelegierte Delattre. Der deutsche Regierungsvertreter Ministerialdirektor Dr. Eißler bezeichnete in der Aussprache die Denkschrift des Arbeitsamtes als ausgezeichnete Grundlage für eine umfassende Regelung der Arbeitszeit. Der deutsche Regierungsvertreter verlangte weiter nicht nur die Vereinheitlichung der Arbeitszeit, sondern auch ihre Berechnung.

Eine auffsehen erregende Resolution im amerikanischen Senat

Mit. Washington, 7. Jan. Der Senator Blaine hat im Senatsbüro eine auffsehen erregende Resolution hinterlegt, die in parlamentarischen Kreisen lebhaft besprochen wird. Die Resolution befaßt sich mit der Unabhängigkeitsbewegung in Indien und lautet: Der amerikanische Senat verliert nicht aus den Augen, daß aus dem Kampfe um die Unabhängigkeit die amerikanische Republik entstanden ist und zeigt sich besonders interessiert an den Erfolgen der Indianer in dem Kampfe um die Anerkennung ihrer Freiheit und der Errichtung ihrer Unabhängigkeit. In der Resolution wird betont, daß der Senat dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Vollmacht gebe, in dem Augenblicke, der ihm geeignet erscheine, die Souveränität und Unabhängigkeit Indiens anzuerkennen.

Das Militärbudget des „friedlichen“ Amerikas

Mit. Washington, 7. Jan. Der Kongreß ist gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. In dieser wurde der Budgetvoranschlag des Kriegsministeriums verteilt, der eine Erhöhung der Militärausgaben um mehr als sechs Millionen Dollar vorsieht. Diese Mehrausgaben sind in erster Linie für die Errichtung neuer Flughäfen bestimmt. In den Wandelgängen des Repräsentantenhauses werden diese Erhöhungen lebhaft kommentiert und zahlreiche Proteste erhoben. Die Effektivität der amerikanischen Armee wird gegenüber dem jetzigen Stande nur unwesentlich geändert.

Die Lage der Landwirtschaft

Mit. Berlin, 8. Jan. Der Haushaltsaus-
schuß des Reichstages hat am
Dienstag seine Beratungen nach Weihnachten
mit der Vorberatung des landwirtschaftlichen
Haushalts wieder auf. Abg. Peters-Hochdom
(Soz.) erörterte als Berichterstatter zunächst
eine Reihe von Einzelheiten und bezeich-
nete die Viehzucht in Dänemark und den Ge-
müsehau in Holland als nachahmenswerte Mu-
ster für unsere Landwirtschaft. Er hielt eine
Umstellung in der Weise für wünschenswert, daß
mehr Getreide als Roggen angebaut werde. För-
derlich sei würde eine Konzentrierung des Feld-
gemüsehau und des Frühgemüsehau auf ge-
wisse, sich dazu eignende Bezirke. Ferner mach-
te der Redner aufmerksam auf die Notwendig-
keit der Grünfütterergewinnung. Abg. von Pleh-
we (Dn.), gab ein Bild von der katastrophalen
Lage der Landwirtschaft und wies insbesondere
auf die Verhältnisse in Ostpreußen hin. Der
Redner forderte von der Regierung, daß sie im
Reichstag mit allem Nachdruck auf die Verbeis-
serung der Rentabilität der Landwirtschaft hin-
wirke. Abg. Doeinich (Zentr.) wies darauf hin,
daß die Erhöhungen von 2 Millionen im Land-
wirtschaftshaushalt fast ausschließlich auf Befor-
dungen und Arbeitskräfte entfielen. Sachliche
Erhöhungen seien leider nicht zu verzeichnen,
trotzdem die schlimme Notlage der Landwirt-
schaft ganz erhebliche Aufwendungen erforderlich
machen müsse. Angerufen sei der gute Wil-
le, mit der der Reichstag Reichsschuldmah-
nahmen im Juni und Dezember beschlossen habe.
Leider sei die Aktion zu langsam vor sich ge-
gangen, so daß eine Auswirkung bezüglich der
Getreidepreise und der Viehpreise kaum vor dem
nächsten Sommer zu erwarten sei. Landwirt-
schaftsminister Dr. Steiger nahm in längerer
Ausführung zu seinem Haushalt Stellung,
wobei er darlegte, Reich, Länder und Gemein-
den, sowie die deutsche Wirtschaft müßten für
ihre Schulden jährlich 3,5 Milliarden Mark an
Zinsen aufbringen. Das Reich habe nach dem
Youngplan außerdem 1,7 Milliarden zu tra-
gen. Endlich bezifferte sich der Einfuhrüberschuß
in unserem Außenhandel auf rund 3,2 Milliar-
den. Es seien also insgesamt 8,4 Milliarden
Mark aufzubringen. Eine Verminderung die-

ser ungewöhnlich hohen Summe sei vorläufig
nur bei einem Einfuhrüberschuß möglich und
hier spiele die Landwirtschaft eine wesentliche
Rolle. Der Einfuhrüberschuß an Getreide habe
818 Millionen Mark betragen, der an lebendem
Vieh und tierischen Erzeugnissen 982 Millionen.
Hier sei also die Möglichkeit zur Einsparung
gegeben. Man müsse der Steigerung der Pro-
duktion besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Minister schilderte dann die ungewöhn-
liche Zunahme des Einfuhrüberschusses an Obst,
Gemüse und Süßfrüchten. Im Rahmen des Not-
programms für Abzugsförderung sei vom Reich
bisher nach Preußen 7 179 240 M., an Bei-
hilfen, 980 181 M. für Zinsverbilligungen und
1 228 000 M. an Krediten geflossen. Zur
Förderung der Landwirtschaft habe Preußen zu-
gelegt rund 45 Millionen M. bereitgestellt. Für
1930 habe eine wünschenswerte Erhöhung der
Staatsmittel, angesichts der finanziellen Not-
lage, leider nicht erfolgen können. Um das An-
sieheln von Bauernschaften nach dem Osten aus
dem Westen zu fördern, gaben die Provinzen
erfreulicherweise Zuschüsse. Was die Grenzgebiete
anlange, so seien seit 1928 nach dem Osten
dauernd vom Reich und Preußen Unterstützun-
gen geflossen, die im ganzen 18 Millionen M.
betrugen. Für den Westen seien in dieser Zeit
rund 11½ Millionen aufgewendet. Ihm, dem
Minister liege eine Zusammenfassung der Be-
dürfnisse für ein Osthilfsprogramm vor. Er
sah vor, daß diese Grenzgebiete auf die Dauer
von drei Jahren jährlich 7 Millionen M. zur
Entlastung der kommunalen Lasten, je eine Mil-
lion zur Frachtenentlastung für die Grenzstraßen
des Regierungsbezirks Köslin, je eine Million
Mark einmalige Zuwendung für die Provinz-
Oberschlesien und Grenzmark Posen-West-
preußen zur Erhaltung des bäuerlichen Besitzes
und endlich je 4,2 Millionen als produktions-
fördernde Maßnahmen für alle Grenzgebiete auf
drei Jahren erhalten sollen. Außerdem liege
ihm vor ein Programm für die Bedürfnisse der
Landwirtschaft des westlichen Grenzlandes. Auch
in diesem Programm seien alle Maßnahmen im
einzelnen aufgeführt. Er rechne mit einer Auf-
wendung von 75 Millionen M., verteilt auf
zehn Jahre. Nebenher sollten die bekannten Auf-
wendungen des preussischen Staats, weiter ge-
führt und wenn möglich noch erhöht werden.

... Bingsdorf. Das Fest ihrer silbernen Hoch-
zeit feiern heute die Eheleute Heinrich Limp
und Frau Gertrud geb. Kraft von hier, Kirch-
str. 22. Herzliche Glückwünsche.

... Bingsdorf. Der M. G. B. „Germania“
engagiert am Sonntag, den 12. Januar
im Saale Steinfort in Bingsdorf ein The-
atergastspiel. Zur Aufführung kommt das
Schauspiel „Was auch die Liebe weht“, das
überall erfolgreich gespielt wurde, sowie an-
schließend das Lustspiel: „Leutnant in Zivil“.
Zweck der Veranstaltung ist Anknüpfung
freundschaftlicher Beziehungen. Der Verein er-
bittet zahlreichen Besuch. Näheres in der An-
zeige.

... Kierberg. Der Kirchenchor „Cäcilia“ ver-
anstaltete am vergangenen Sonntag ein Kon-
zert zu Gunsten der noch fehlenden neuen
Kirchenglocke. Gesangliche und instrumentalische
Aufführungen wechselten in bunter Folge mit-
einander ab, die alle ungeteilten Beifall der
Zuhörer fanden. Zum Schluß dankte der
Vorstand allen noch einmal für das zahlreiche
Erscheinen und wies besonders darauf hin,
daß die Jünglingskongregation im Februar
für denselben Zweck einen Theaterabend gebe.

... Kierberg. Glück beim Ausflug hatte ein
Junge, der am Montag nachmittag in ra-
siger Fahrt aus einer Seitenstraße in die
Kaiserstraße fuhr und dabei mit einem Hand-
wagen zusammenstieß. Er stürzte kopfüber vom
Wagen, hatte aber ansehnend nur geringe
Verletzungen davongetragen, während das Vor-
derrad fast ganz zertrümmert wurde.

Theater

... Das Apostelspiel von Max Mell, das im
Rahmen einer Weihnachtsfeier der Kath. Ge-
sellschaft am Sonntagabend im Josephs-
haus aufgeführt, ist so voll von herzlichem
Mitleid, kindlich frommen Glauben, von Lie-
be und Güte, daß man es fast als eine phy-
sische Wohltat empfand. Den Inhalt hatten
wir in der letzten Samstagsnummer unseres
Blattes bereits angedeutet: Die kleine Magda-
len, die hoch im Gebirge zwischen Eis und
Schnee allein mit ihrem Großvater wohnt,
hat aus eifrigem Lesen des Evangeliums den
Glauben gewonnen, daß auch heute noch der
Held und seine Jünger auf Erden wan-
deln. Als zwei schlimme Burgen, Räuber,
die Johann und Peter heißen, ein Nachtquar-
tier begehrend, in die Stube traten, glaubt
Magdalen in ihrer kindlichen Einfalt wirk-
lich, es seien die Apostel Johannes und Pe-
trus. Sie werden durch des frommen Kindes
ernste Fragen gezwungen, ihre Apostelrollen,
so gut und schlimm es geht, zu spielen. Jo-
hannes muß das Evangelium erklären; aber
auch Petrus, dem Hartgeflochtenen wird es
warm bei mancher Frage. Als er gegen das
Wädchen das Messer zückt, überwindet ihn die
Entgegnung des Kindes: „Herr Petrus, ich
werde auferstehen!“ Und als gar Johannes,
der „Lieblingsjünger“ von der Frage getroffen
wird: „Wie ist es, wenn der Heiland lebt?“,
da hält es die Burgen nicht mehr länger
in der Atmosphäre dieses, selbst das Böse
überwindenden, Glaubens und sie fliehen er-
griffen in die Nacht hinaus. In knittelverfem
hat der Dichter das Spiel geschrieben. Wir
sehen, hören, sind ergriffen und fragen uns:
Ja, ist es denn wirklich so, wie der Groß-
vater als Vorkursprediger sagte, an uns
liegt es, das Reich Gottes auf Erden zu
erfüllen? Die Aufführung durch den Ge-
sellschaftsverein war würdig. Alle vier Darsteller
waren erfüllt von dem Ernste des Inhaltes
und boten bei verständnisvoller Behandlung
des Wortes und der Geste gereifte Leistungen.
Insbesondere kann von der Darstellerin der
Magdalen gesagt werden, daß man ihr bei
der naiven und herzlichen Art, mit der sie
sich gab, den wunderbaren Einfluß auf die
rohen Gesellen glauben machte. Die Bühne
war ganz den Intentionen des Dichters ent-
sprechend zu einer schlichten, heimeligen Bau-
ernstube hergerichtet. Im ersten Teil des
Abends hatte man Gelegenheit, die Gesangs-
abteilung des Vereins kennen zu lernen, die
sehr zufriedenstellend Weihnachtslieder
sang. Dazwischen waren einige der Weih-
nachtsstimmung angepaßte Musikstücke (Ge-
ige und Klavier) gestreut. Außerdem wurden
mehrere schöne Gedichte vorgetragen. —

Stadterordnetenitzung.

(1) Brühl, 8. Januar 1930.

Die gestrige Stadterordnetenitzung hatte
inwieweit ein besonderes Interesse, indem in
derselben zunächst die Wahl der Beigeordneten
und die Wahl des Wohlfahrtsausschusses vor-
genommen wurde. Bekanntlich hatte man in
der letzten Sitzung bezüglich dieser Wahlen
keine Einigung erzielt und es mußten die-
selben gestern durch das System der Verhält-
nismäßig in geheimer Abstimmung vorgenom-
men werden. Man war gespannt, wie die
Wahlen fielen.

Es waren zwei Listen eingereicht worden,
von denen die erste Liste die Namen Kamm,
Martini und Münninghoff bezeichnete, wäh-
rend die andere Liste die Namen Frohn, Möh-
rig, Kley und Schmitt trug. Unwesend wa-
ren 22 Stadterordnete, nur der Stadtr. Wald
(Soz.) fehlte. Der Vorsitzende stimmte bei der
Abstimmung mit, jedoch 23 Stimmen abge-
geben wurden. Von diesen erhielt die erste Liste
9 Stimmen, während auf die zweite Liste 14
Stimmen entfielen. Als Beigeordnete wurden
somit gewählt Frohn, Kamm und Möhrig.
Die Reihenfolge soll der Regierung zur Ge-
nehmigung bezüglich der Vertretung vorgeschla-
gen werden.

Für die Wahl des Wohlfahrtsausschusses
waren auch zwei Vorschläge vorhanden.
Der erste Vorschlag trug folgende Namen:
Geh. von Vienen, Peter Joch, Hub. Schmieds,
Sophie Schwarzkopf, Friseur Laubach, Clever
und Aug. Wohlgemuth, während der zweite
Vorschlag folgende Namen bezeichnete: Peter
Möhl, August Möhl, Anton Möhl, Adolf
Möhl, Maria Jansen, Paul Wörth, Maria Jil-
ten und Wilhelm Rinsheim.

Das Stimmverhältnis war auch bei die-
ser Wahl wie bei der ersten 9:14. Demnach
wurden von der ersten Liste Geh. von Vienen,
Peter Joch und Hub. Schmieds gewählt; wäh-
rend bei der zweiten Liste als gewählt zu be-
trachten sind Peter Möhl, August Möhl,
Anton Möhl, Adolf Möhl, Räte Ruchfeld
und Adelheid Simonowitsch.

Offenbar hat sich, nach dem Stimmver-
hältnis zu urteilen, bei diesen Wahlen die
Wirtschaftspartei mit den Sozialdemokraten
und den Kommunisten vereinigt, was auch
wohl aus den Vorschlagslisten zu ersehen ist,
während die Deutsche Volkspartei mit dem
Zentrum zusammen ging.

Nach der vorgenommenen Wahl sprach Bür-
germeister Greisdorf dem Amtschreiber
Möhl, der 27 Jahre das Amt als Wohl-
fahrtsprüfer inne hatte und nunmehr auf
seinen Wunsch aussteigt, für seine Tätigkeit
den herzlichsten Dank aus.

Die zur Beratung stehende Geschäftsordnung
wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Sie
wurde den Beigeordneten zur Prüfung überge-
ben, um in den Fraktionen zunächst darüber
zu verhandeln. In der nächsten Sitzung soll
dann über dieselbe Beschluß gefaßt werden.

Außerhalb der Tagesordnung brachte der
Vorsitzende noch einige Fragen zur Erörterung,
über die sich die Versammlung später schül-
dig werden muß. Zunächst handelte es sich
hierbei über die Vergütung von Hauszins-
steuerhypotheken. Wie beschlossen wurde, soll
eine Bekanntmachung erlassen werden, worin
die Interessenten von Hauszinssteuerhypotheken
aufgefordert werden, sich zu melden, da-
mit die Verwaltung jetzt schon einen Lieber-
blick gewinnt, wieviel Hypotheken gewünscht
werden und wie die Stadt ihr Bauprogramm
durchführen kann. Ferner teilte der Vorsitzen-
de die wichtigsten bezüglich des Ausbaus der
Straßen in diesem Jahre mit. Es sollen dem-
nach nach Möglichkeit die Kurfürstenstraße,
Friedrichstraße, Schützenstraße und Tiergarten-
straße an die Reihe kommen. Es soll hierfür
ein Restbetrag verwendet werden von dem da-
mals ausgenommenen 300 000 M. für Stra-
ßenbauten. Bezüglich der Schloßstraße sei mit
dem Staat ein Ausgleich vorgenommen wor-
den, wonach auch diese Straße ausgebaut wer-
den kann. Im Anschluß hieran teilte der
Vorsitzende die bevorstehende Staatsberatung
an und teilte mit, daß nach vorläufigen Fest-
stellungen der nächstjährige Etat eine erheb-
liche Mehrbelastung erfahren müsse, wobei zu
erwägen wäre, ob mit den bisherigen festge-
setzten Prozentätzen noch auszukommen sei.

Die Versammlung erreichte um 7.45 Uhr
ihr Ende. Sie war wiederum von vielen Zu-
hörern besucht.

Zu vorstehendem Bericht gehen uns noch
nachstehende Zeilen zu:

Der Sitzungssaal des Rathauses brachte eine
Ueberraschung, die man nicht für möglich hätte
halten sollen. — Bekanntlich setzte sich das
Kollegium der Beigeordneten zusammen aus
den Herren Ehrenbürger Frohn (1. Beigeord-
neter), Sparkassendirektor Möhrig (2. Beigeord-
neter) und Geschäftsführer Kamm (3. Beigeor-
deter). Die beiden erstgenannten Herren
vom Zentrum, der letztgenannte von der So-
zialdemokratie. Infolge der Stadterordneten-
Neuwahlen war auch eine Neuwahl der Be-
igeordneten erforderlich, die gestern erfolgte
mit dem Ergebnis, daß zwar alle 3 Herren
wiedergewählt wurden, jedoch mit dem Un-
terschiede, daß die Linke (Sozialdemokratie
und Kommunisten) den 2. Beigeordneten
(Herrn Kamm) stellten, während der Zen-
trumsbeigeordnete (Herr Möhrig) in die 3.
Stelle rückte. Dieser Erfolg der Linken war
nicht etwa ein Erfolg aus eigener Kraft, er
war nur dadurch möglich, daß die Wirtschaft-
spartei in vollem Umfange für die Vorschlags-
liste der Linken stimmte, während die Deutsche
Volkspartei für die Vorschlagsliste des Zen-
trums stimmte. — Was die Wirtschaftspartei,
deren Führer Martini noch in der letzten
Sitzung des verflossenen Jahres Anwesenheit
von Kommunisten-Sitze ausgedrückt war,
indem ein Kommunist ihn mit Ungehörig-
keiten, jetzt dazu bewegen hat, Arm in Arm
mit der Linken, gegen das Zentrum zu gehen
bleibt noch aufzuklären. —

Das gleiche Trauerspiel entwickelte sich bei
der Wahl des Wohlfahrts-Ausschusses. Auch
hier stimmte die Wirtschaftspartei geschlossen
für die Liste der Linken.

Kölnisches

Mit dem A. D. A. G. durch die Balkanstaaten!

Am Freitag, den 10. Januar 1930 abends
8.30 Uhr spricht im großen Saale der Har-
monie Köln, Wpofstr. 13 der bekannte Be-
se- und Sportchriftsteller Herr W. Koppner-
Hannover über die im vergangenen Jahre
veranstaltete ADAC-Auslandstourenfahrt nach
Südfrankreich.

Etwa 240 Lichtbilder werden den fesseln-
den Vortrag erläutern. Kostenlose Eintritts-
karten auch an Nichtmitglieder sind durch die
Gaugeschäftsstelle Köln, Deutscher Ring 17, er-
hältlich. Gau Rheinland (IV) A.D.A.C.

DJA Bezirk Vorgebirge

Fußball Altersklasse.

Saxonia Merten-Trippelsdorf — DJA Bings-
dorf 3:1 (1:0)

Am verflossenen Sonntag standen sich auf
dem Sportplatz in Merten obige Mannschaf-
ten im fälligen Meisterschaftsspiel der 1.
Serie gegenüber. Was wohl die wenigsten
DJAs geahnt haben, ist bei diesem Zusam-
mentreffen zur Tatsache geworden. Die bis-
her ungeschlagene und siegesgewohnte Mann-
schaft von Bingsdorf mußte ausgerechnet vom
Tabellenletzten eine verdiente Niederlage hin-
nehmen. Beim Schlußpfiff können die Saxo-
nien als verdiente Sieger das Spielfeld ver-
lassen. Der erstmalig in der Altersklasse spie-
lende Torwart führte sich gut ein. Von den
übrigen Spielern einen zu loben, bliebe die
anderen zurücklassen. Der Spielführer von
Bingsdorf soll an seinen Mitspielern nicht
dauernd kritisieren, dann wäre vielleicht ein
besseres Ergebnis erzielt worden.

Brühl und Umgebung

Brühl, 8. Januar 1930.

Ende des Christbaums — Ende der Ferien

— Mit dem Dreikönigstage schließt all-
gemein die eigentliche Weihnachtszeit. Vorüber
sind die schönen Tage, auf die sich schon
und alt seit langen Wochen freute. Vorüber
die schönsten Familienfeste des ganzen Jah-
res. So hat denn auch die Stunde des Christ-
baumes geschlagen, des treuergrünen Tannen-
baumes, der mit seinem würzigen Waldduft
die Zimmer füllte. Jetzt hat er ausgedient und
geht einem unverdienten Ende entgegen. In
vielen Wohnungen wird es nun etwas kahl,
man hat sich an das Vorhandensein dieses
geschmückten Baumes allzu gewöhnt.

Mit dem heutigen Tage ist auch das Ende
der Weihnachtsferien herangekommen zum gro-
ßen Leidwesen der größeren und kleineren Kin-
der. Für manche waren es die letzten Schul-
ferien. Nun werden wieder die Bücher ge-
packt und die Lehrpersonen warten schon, um
mit neuen Kräften an die Arbeit zu gehen.

(1) Marianische Jungfrauenkongregation. Ju-
gendgruppe Wichterborn. Morgen Donnerstag
abend ist von 8-9.30 Uhr im Josephshaus
Gruppenabend, verbunden mit einer H. Weih-
nachtsfeier. Karten sind mitzubringen.

— Das Fest ihrer goldenen Hochzeit be-
gehen heute, wie gestern schon mitgeteilt, die
Eheleute Johann Hemmerle und Frau
Anna geb. Bayer, Brühl, Mühlenstraße 85b.
Die Jubilare erleben diesen Tag in körper-
licher und geistiger Frische. Die Nachbarschaft
hat es sich angelegen sein lassen, das Jubel-
paar durch Geschenke zu erfreuen. Die Stadt
überreichte ebenfalls eine Spende aus staatli-
chen Mitteln. Der Zugang zur Wohnung ist
dem Tage entsprechend mit Farnen und Grün
reich geschmückt. Am Eingang leuchtete ge-
sternabend ein elektrisch erleuchtetes Schild
mit der Zahl 50. An den Fenstern hingen
bunte Fahnen. Der Brühler Niederkrantz fand
sich gegen 9 Uhr zu einer Niederkrantz ein.
Heute morgen fand in der Pfarrkirche ein
Festhochamt statt. Wir wünschen dem Jubel-
paar noch viele Jahre in Gesundheit und
glücklicher Zufriedenheit bis sie die diamant-
ene Hochzeit feiern können.

(2) Versammlung des Gartenbauvereins
Brühl. Der Gartenbauverein der Stadt Brühl
besetzte sich am Montag unter dem Vorsitz
des Gärtnereibesetzers Jabelberg-Brühl mit ei-
nigen sehr bedeutungsvollen Fragen. Es gibt
wie Herr Bollig ausführte, kein Gebiet, das
bisher so stark vernachlässigt wurde, wie die
Bekämpfung der Schädlinge an unseren Obst-
bäumen. Dadurch bleibt die Ernte nur gering
und die Früchte sind zu einem großen Pro-
zent infest. Wenn man aber weiß, wie
viele Millionen Mark wir für ausländisches
Obst ausgeben müssen, dann bekommt die
Frage einen sehr ernsthaften Hintergrund. Die
deutsche Obstproduktion kann noch ganz ge-
waltig gesteigert werden, wenn es nämlich
gelingt, die Schädlinge an unseren Obstbäumen
zu bekämpfen, die Sorten zu vereinfachen,
nur gutes Obst zu liefern. Die bisherige Be-
kämpfung der Obstschädlinge wird in den
allerwichtigsten Fällen genügen, um wirksam
zu sein. Man kauft die Bäume und die mei-
sten Schädlinge werden gar nicht erreicht. Der
Landkreis Köln hat nun eine Motorspritze an-
geschafft, die für alle Obstgärten des ganzen
Landkreises verfügbar sein soll und mit wel-
cher alle Obstbäume im ganzen Landkreis Köln
besprüht werden sollen. Das ist fürwahr eine
sehr, sehr schwierige Arbeit, aber sie dürfte
auch dankbar sein. Es muß nun in jedem Ort

ein Vertrauensmann stehen, der die ganze
Sache in seinem Bezirk leitet. Am besten wird,
wenn ein Gartenbauverein besteht, dieser die
Sache in die Hand nehmen, sonst muß irgend
ein anderer Interessent es tun. Es soll, wie
die Kreisverwaltung will, jeder seine Bäume
mit der Spritze bekämpfen können. Dagegen
soll zuerst noch niemand dazu gezwungen wer-
den. Jeder soll aus freiem Willen heraus
seine Bäume bespritzen lassen. Bis dahin ist
aber noch ein weiter Weg. Lieber die ganz
enormen Vorteile des Bespritzens herfür wohl
bei keinem verständigen Gartenbesitzer irgend
ein Zweifel. Aber die Kosten sind es, die ab-
schrecken. Dabei sind diese im Verhältnis zu
dem großen Erfolge gar nicht groß. Sie kön-
nen aus Mangel an Erfahrung nicht mit Be-
stimmtheit angegeben werden, dürften aber
für jeden Baum nicht mehr ausmachen als
20 bis 25 Pfennig. Man will durch Bespritzung
der Bäume im Schloß-Obstgarten eine Probe
machen, um den Preis genau errechnen zu
können. Dieser soll dann so bestimmt werden,
daß man die verbrauchte Flüssigkeit berech-
net, nicht, wie im Anfang gedacht war, die
Zahl der Bäume, da diese von ganz unter-
schiedlicher Größe sind. Um die Sache einzu-
führen, wurde folgender Vorschlag gemacht,
der wirklich Beachtung durch die amtlichen
Stellen verdient. Die Kosten der Bespritzung
in den einzelnen Gemeinden sollen aus von
den Gemeinden getragen werden. Dann würde
jeder Gartenbesitzer erspart werden und die
Bekämpfung würde ihre Erfolge haben, was
ja durchaus nicht der Fall sein kann, wenn
einer spritzt und der andere nicht, denn in
diesem Falle wird der bespritzte Garten bald
wieder überflutet werden. Jeder muß seinen
Garten bespritzen und wenn es nicht freiwillig
gelingt, dann müßte man später un-
bedingt Zwangsmaßnahmen anwenden, damit
man zu einem Erfolge kommt. Aus diesen
Gründen kann der Vorschlag, die Gemeinden
die Kosten tragen zu lassen, nur begrüßt wer-
den. Vorläufig soll, um endlich (es ist die
allerhöchste Zeit) mit dem Spritzen beginnen
zu können, jeder, der freiwillig seine Bäume
bespritzen lassen will, sich bei Herrn Bollig,
Brühl, am Markt Nr. 21 melden. Dort wird
auch gerne jede nähere Auskunft über die
Bekämpfung erteilt. Um nun die Perio-
den zu regeln, in denen in den Einzelorten
gespricht wird, wird ein Ausschuss gebil-
det, der sich aus Vertretern aller Gemeinden
zusammensetzt. Man behandelte dann weiter
noch Fragen des Obstbaues, die Frage eines
Blumenwettbewerbs um den schönsten Balkon
und Vorgarten usw. Eine Verlosung schloß
die anregend verlaufene Versammlung.

(3) 9. Januar: Sonnenaufgang 8.03 Uhr,
Sonnenuntergang 18.11 Uhr. Mondaufgang
1.30 Uhr, Monduntergang 11.53 Uhr. —
1908: Der Maler und Dichter Wilhelm Busch
in Mönchengladbach am 8. Jan. (geb. 1832).
— 1927: Der Schriftsteller Houston Stewart
Chamberlain in Bayreuth gef. (geb. 1855).

(4) Die Grünmarktscheine weiterhin gültig.
Von der Kölner Reichsbahnhauptstelle wird
bekannt gegeben, daß merkwürdigerweise viel-
fach die Annahme bestünde, die Rentenban-
scheine zu fünf Mark seien nicht mehr gültig.
Das trifft keineswegs zu. Alle Rentenban-
scheine von 5 bis 1000 Mark sind gültige
Zahlungsmittel. Lediglich die grünen Grün-
marktscheine mit dem Ausgabedatum 23. No-
vember 1923 sind außer Kurs gesetzt und
seit über fünf Jahren schon nicht mehr im Um-
lauf. Die jetzt noch umlaufenden Grünmarkts-
scheine wurden am 2. Januar 1926 ausge-
geben. Die Reichsbahn legt Wert darauf, daß
durch diese Veröffentlichung das unbegründete
Gerücht aus der Welt geschafft wird.

Zu den Saarverhandlungen

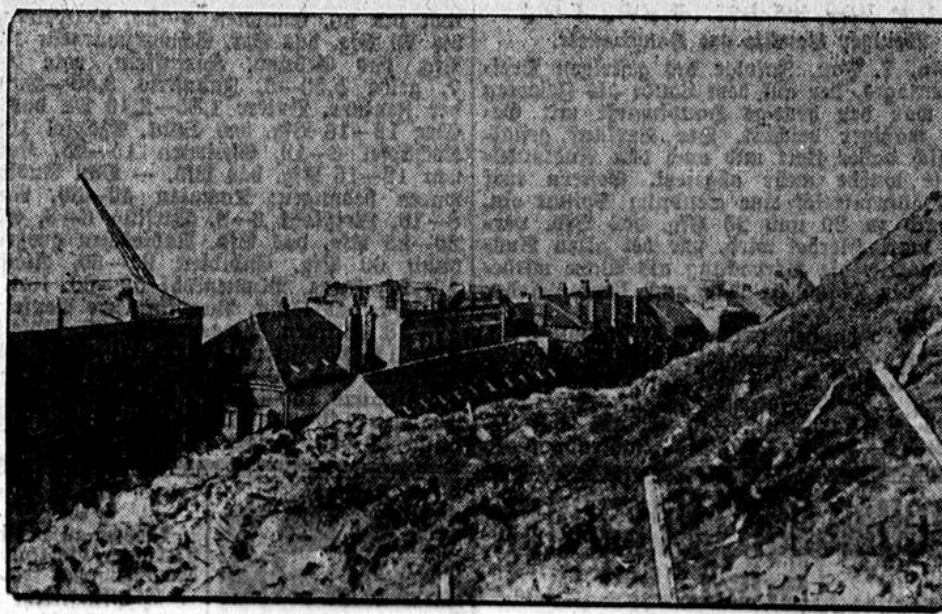
Mit. Berlin, 8. Jan. Bekanntlich waren die deutsch-französischen Saarverhandlungen am 20. Dezember v. J. durch eine Weihnachtspause unterbrochen worden, die am 10. Januar ihr Ende erreicht. Die deutsche Saardelegation unter Führung von Staatssekretär von Simson wird am Donnerstag wieder in Paris eintreffen. Vorher wird sie mit dem sogenannten Saar-ausschuß, in dem die berufensten Vertreter der Wirtschaft und Politik des Saargebietes vertreten sind, Rücksprache nehmen, um ein Einverständnis über die weiteren Verhandlungen in Paris herbeizuführen. Ein solches Einverständnis erscheint umso notwendiger, als zum Schluß des ersten Pariser Verhandlungsabschnittes die französische Delegation der deutschen ein Memorandum überreicht hatte, in welchem als wichtigste Forderung die Verbleibung des jetzigen Regimes für die Ausbeutung der Saargruben festgelegt wird. Mit dieser Forderung haben sich die zuständigen Reichsstellen, sowie diejenigen des Staates und der Länder in der Zwischenzeit befaßt. Man darf annehmen, daß die deutsche Delegation als Auffassung der erwähnten deutschen Stellen die strikte Ablehnung der französischen Vorschläge bekanntgeben wird.

Wenn auch Einzelheiten über das französische Memorandum nicht bekannt geworden sind, so läßt doch die vorgelegene Lösung der Saargrubenfrage in Verbindung mit den Äußerungen der französischen Presse über die künftigen saarländischen Wirtschaftsbeziehungen keinen Zweifel darüber, welches Ziel mit dem französischen Memorandum verfolgt wird; die französische Kammer hat sich fast einstimmig gegen die vorzeitige Rückgabe der Saargruben ausgesprochen. Briand hat bei der Verteidigung seiner Außenpolitik zwar die Zweckmäßigkeit einer Verständigung mit Deutschland betont, dabei aber hervorgehoben, daß bei den Verhandlungen „Frankreich die Rechte der Saarbevölkerung wahren müsse.“ Man hat wieder in Deutschland noch im Saargebiet bisher verstanden, was Briand mit dieser Formulierung eigentlich sagen wollte, da die Saarbevölkerung seit ihrer Abgliederung von Deutschland sich vor allem gegen die Beschränkung ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte durch Frankreich zu wehren hatte. Der jetzt bekanntgewordene Vorschlag der französischen Delegation in Paris scheint die ganze Situation zu klären, wie sie von Frankreich her beabsichtigt ist. Frankreich scheint sich heute mit Deutschland über den Preis des Rückkaufes der Saargruben durch Deutschland und über die Sicherung der französischen Wirtschaftsinteressen an der Saar verständigen zu wollen, in der Absicht, diese finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Abmachungen erst von 1935 ab in Kraft treten zu lassen. Dabei hat es aber den Anschein, als wolle Frankreich die für 1935 vorgesehene Saarvolksabstimmung abwarten, um die Rechtsgültigkeit der Abmachungen durch den Völkerverbund festzustellen. In Wirklichkeit wird aber Frankreich 1935 zur Vermeidung der unausbleiblichen Niederlage sich mit einer großen Geste „verpflichten“. Durch eine solche Regelung glaubt Frankreich die glänzende Konjunktur, von der Briand jüngst in der französischen Kammer sprach, ausnützen zu können, gleichzeitig aber die Saargruben und die Wirtschaftsvorteile bei dem jetzigen Regime an der Saar fest in der Hand zu behalten.

Die Gründung einer Mission ist nicht immer leicht

Mit welchen Schwierigkeiten die Missionäre oft bei Neugründungen zu kämpfen haben, besagen wieder einmal nachstehende interessante Ausführungen des Vaters Dr. Mann aus dem Bismarckland an die Petrus-Claver-Sodalität: „Vor fünf Wochen sandte mich Hr. Dr. Meising, der Apostolische Administrator von Kimberley, zwecks Gründung einer Missionsstation nach Gobatsi. Dieses Städtchen liegt im Bismarckprotektorat und soll dessen künftige Regierungssitz werden. Der Apostolische Administrator hielt es darum an der Zeit, diesen Platz jetzt schon zu besetzen, damit die katholische Mission bis dahin festen Fuß gefaßt habe. Vor zwei Jahren kaufte er die Farm Wini Hill bei Gaberones, hauptsächlich aus dem Grunde, um einmal in dieses Gebiet hineinzukommen.“

Ganze zwei Jahre saßen nun wir zwei Missionäre auf der Farm ohne missionarische Wirksamkeit und hielten vergeblich nach einem Platze Umschau, in dem wir sonst noch eindringen konnten. Zuletzt kam schließlich Gobatsi und Radya in Frage, doch auch letzteres hat sich vor vierzehn Tagen wieder zerfallen, da Häuptling und Volk die Gründung einer katholischen Mission nicht erlaubten. So setzten wir nun alles daran, diesen Platz zu behaupten, um für später das Tor nach Kenyan offen zu halten. Noch bevor wir Gewißheit hatten, hier einen Platz zu erhalten, wurde ich nach Gobatsi geschickt. Ich sollte einen günstigen Platz für die Mission ausfindig machen, was auch gelang. Vorige Woche war der Apostolische Administrator selbst hier, um die letzten Schritte zu regeln. Da er glaubte, meine Wohnung sei vom eigentlichen Platze zu weit entfernt, suchten wir zwei Tage lang nach einem andern, jedoch vergeblich. So heißt es denn wohl oder übel bauen. Wieder alles Erwarten habe ich auch bei den Eingeborenen ein gewisses Interesse für die Errichtung einer Missionsstation mit Schule gefunden. Jedemal, wenn ich zu ihnen komme, fragen einige, ob ich bald bei ihnen bauen werde.



Wandernde Dünen bedrohen Boulogne

An der französischen Nordküste ist eine ganze Dünenkette ins Meer gekommen und in die Straßen eingedrungen. Tausende von

sonnen Erbe bedrohen die Grundmauern des Hotels Imperial (auf unserem Bild links) so sehr, daß das Gebäude geräumt werden mußte.

Das Volk ist sehr arm. In der „schönen“ Gasse der Siedlung halte ich Sonntags Gottesdienst. Dieses Haus ist somit die erste Kirche am Plage, ein zweites Bethleem. Doch wolle ich gerne dort, da ich dort frei und ungezwungen mit den Schwarzen reden kann. Und was haben sie nicht alles zu fragen! Für sie ist die katholische Kirche eine neue Kirche. Wenn sie jemals über sie von den Sektten etwas hörten, so war es sicherlich nichts Gutes. Meinte doch einmal ein Schwarzer zu mir, die römisch-katholische Kirche sei die allerbesten von den christlichen Sektten, weil man nie etwas Gutes über sie höre. Wie erstaunt sind sie aber, wenn man ganz einfach die Anschuldigungen wiederlegt, wenn man ihnen zeigt, wie Christus nur eine Kirche gestiftet habe und wie die anderen Kirchen erst viele Jahrhunderte nach Christus entstanden sind. Das alles ist ihnen vollständig neu. Glücklicherweise erhielt ich jetzt einen Katechisten, der nun unter seinen Landsleuten weit und Auskunft geben kann. Am letzten Sonntag wurden dann beim Gottesdienst die ersten katholischen Lieder gesungen. Das alles ist frohe Zukunft, daß doch mit Gottes Hilfe etwas zu machen ist. Aber wie Sie wohl wissen, ist ohne Geld kein Neubau möglich, mag er auch noch so beschönigt sein. Unser Apostolischer Administrator kann mir leider in finanzieller Hinsicht nicht so helfen, wie er es möchte; ich soll selbst sehen, ich mir die neue Station nicht zusammenbesseln. — Ich würde lieber selbst alles tun als betteln zu gehen, aber die Not zwingt mich dazu. Gestützt auf ein Wort unseres Heiligen Vaters, daß ein Missionär sich nicht scheuen solle, um Christi und der Seelen willen ein Bettler zu werden, habe ich mich mit der Bitte um Unterstützung an Sie gewandt. Gott gebe, daß mein Flehen nicht umsonst war.“ — Freunde der Missionen, die gern zu dieser Neugründung beitragen möchten, mögen ihre Gabe senden an die St. Petrus-Claver-Sodalität, Köln, Maria Ullrichplatz Nr. 10a; Postfachamt Köln, 19.440. „Claver-Korrespondenz“, Salzburg.

Merlei vom Rundfunk

Das Gegengewicht.

Beim Auftreten von Störungen elektrischer Art wird man zunächst feststellen müssen, ob die Störungen über die Erde oder über die Antenne ins Gerät gelangen. Der die Störungen übermittelnde Teil muß dann ausgewechselt werden. Bei der Antenne geschieht das durch Verfügen des wahren Antennenanteils, durch Verlegen der Richtung nach und schließlich durch Entfernen der Antennen-Zuleitung von benachbarten Starkstromleitungen und dergl. Wenn die Erleuchtung die Störungen ins Gerät bringt, wird man zunächst Versuche mit anderen Erdanschläüssen machen. Neben der direkten Grundwasserleitung kommen Gasleitungsrohre, Wasserleitung, Abflußrohre, Regenrinnen und dergl. in Frage. Nun benutzt man Antenne und Erde beim Rundfunkempfang, weil zwischen dem wahren Antennenanteil und der Erde-oberfläche (also der Erdung) eine Kondensatorwirkung (Kapazität) vorhanden ist. Dieselbe Wirkung tritt aber auch zwischen zwei Antennen auf, welche beide im Freien als Außenantennen liegen können oder von denen eine als Hochantenne und die andere als Innenantenne aufgebaut ist. Wenn wir statt der Erleuchtung ein gegen Erde isoliertes Gebilde verwenden, so sprechen wir von einem „Gegengewicht“.

Der Empfang mit Gegengewicht erfolgt also in der Weise, daß man mit zwei Antennen (statt mit Antenne und Erde) hört. Aus dem oben Gesagten ergibt sich schon, daß ein Gegengewicht sich auf die verschiedenartigste Weise aufbauen läßt. In den meisten Fällen wird man es als Innenantenne errichten. Neben Spiralantennen kommen die bekannten Zimmerantennen

mit den hin- und hergespannten, gegen die Wand isolierten Drähten in Frage. Alle diese Anlagen haben aber den Nachteil, daß sie nicht gerade schön aussehen. Man greift deshalb in den meisten Fällen zur Verlegung eines 20–40 m langen Stützes Wachsdrat, den man an der Erdleitungs-Klemme der Empfangs-Apparatur beginnend, bis zur Scheuerleiste herunterführt und auf dieser mit kleinen Staken oder Strampfen leicht befestigt. Man darf hierbei nicht allzusehr zuschlagen, weil sonst der Stupferdraht zerfallen wird. Wer besonders vorsichtig sein will, umwickelt die Befestigungsstelle des Wachsdrates mit einem Stückchen Isolierband. Wachsdrat ist unter dem Namen Klingeldrat ebenfalls bekannt und in allen Farben im Handel zu haben, so daß er im Zimmer garnicht auffällt. Die Verlegung erfolgt an der oberen Kante der Scheuerleiste, damit beim Reinemachen eine Beschädigung vermieden wird. Die ganze Drahtlänge wird untergebracht und zwar durchgehend auf eine möglichst große Länge verteilt, also möglichst durch mehrere Zimmer hindurch gelegt. Wenn Türen im Wege sind, geht man um die Türschwelle herum, oben über die Tür hinweg. Solche Umwege beeinträchtigen die Wirksamkeit nur ganz unwesentlich. Jedes andere Material in isolierter Ausführung ist ebenfalls für ein Gegengewicht geeignet. Der Wachsdrat hat aber den Vorteil der Billigkeit.

Für Empfangszwecke ist der Ersatz der Erdleitung durch ein Gegengewicht oftmals von Vorteil, er ist vollwertig, aber nur als Empfangsgeräde. Zum Zweck des Wachsdrates bleibt eine vorschriftsmäßige Erdung nach den V.D. C. Vorschriften erforderlich.

Arnold Stecher, Köln.

Mißhandelte Kinder

Von Helene Braun.

Vor einigen Tagen wurde in einem Berliner Vorort die kleine Dora Schröder einlam und verlassen in einem weißen Sarge in das Grab gefenkt, das kleine Mädchenkind, das von grausamen Eltern zu Tode gemartet worden war. Raum hat sich der kleine Engel gemöhlt, hören wir schon wieder von einer unheimlichen Mutter, die ihr zweijähriges Kind zu Tode geprügelt hat. Ein Aufruf in den Zeitungen mahnt die Nachbarn und Bekannten, bei etwaigen Beobachtungen von Mißhandlungen sofort Anzeige zu erstatten; ich möchte aber darauf hinweisen, daß eine Strafe hierfür garnicht groß genug sein kann.

Wenn Mann und Frau in den Ehestand treten, sollen sie auch wissen, daß bei der Erziehung ihrer Kinder Mühe und Unbequemlichkeiten mit in Kauf genommen werden müssen. Wenn aber eine Mutter aus Faulheit, Leichtsinn oder Veranlagungslust ihre Kinder vernachlässigt, so ist es selbstverständlich, daß diese auch sittlich sinken. Wie furchtbar trifft eine Frau die Schuld, wenn sie deshalb ihr Kind grausam mißhandelt, geschweige denn, weil ein Kind ihr nur lästig ist.

Und dennoch ist diese körperliche Mißhandlung nicht das aller schlimmste, was diese armen, gequälten Kinder treffen kann, sondern der weit größere Schaden liegt in der Mißhandlung der Handlung der kleinen Seele und des sich entwickelnden Geistes. Ein Kind ist ein kleines Geisteswesen. Es ist unbedingte Pflicht der Eltern, dieses zu erkennen, namentlich wird das von einer Mutter verlangt. Wenn aber ein Kind durch erbarmungslose Schläge und Roheit abgestumpft oder womöglich durch wirkliche Mißhandlungen verlogen und bös gemacht wird, wo bleibt da der Funke von Himmelslicht, der in das kleine, arme Herz fallen soll? Es wird kaum das Wort „Liebe“ dem Namen nach kennen.

Ein Menschenkind braucht nicht nur Luft und Sonne, um sich entwickeln zu können, sondern ein Menschenkind braucht Liebe, um seelisch leben zu können. Ein mißhandeltes Kind ist auch garnicht fähig, seine geistigen Kräfte zu entfalten, es wird ihm ja das Sprungbrett für seine Erfolge unter den Füssen fortgezogen.

Eltern, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt werden, die ihre Kinder derart verlor-

men lassen, können garnicht streng genug bestraft werden. Neben einer empfindlichen Freiheitsstrafe sollten solche Eltern gezwungen werden, ihre Kinder, die ihnen allerdings fortgenommen werden müßten, vollkommen allein zu erhalten. Sie würden dann an den Ausgaben, die für sie erwachsen, schon rein äußerlich erkennen müssen, welchen Wert ein Kind hat. Auf ein neues Kleid, auf Putz und Flitter will eine solche Mutter nicht verzichten, sie rennt und läuft, um ihren Leib zu schmücken, aber Pflichten, unliebsame Pflichten — um Gotteswillen nicht.

Wenn den armen Kindern geholfen werden soll, so muß Jugendamt und Schule mit Schularzt noch gemeinsamer und energischer vorgehen. Das Jugendamt müßte eine größere Kontrolle über solche Familien ausüben, von denen schon durch Nachbarn Anzeige gemacht worden ist. In der Schule wird es durch den Schularzt leichter sein, das körperliche Wohlbefinden des einzelnen Kindes festzustellen.

Welches kostbare, geistige und körperliche Menschenmaterial könnte erhalten, gefördert und beflügelt werden, welches Licht und welche Wärme könnte in so manches kleine und verschüttete Leben kommen, wenn unerbittliche Strenge die Eltern treffen würde und wenn unermüdliche Liebe suchen wollte!



Zum 80. Geburtstag des Sozialisten Eduard Bernstein

Eduard Bernstein.

Der bekannte Führer und Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, feierte am 6. Januar seinen 80. Geburtstag. Bernstein ist einer der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, ging während des Sozialistengesetzes nach England, lebte einige Zeit in der Schweiz und vertrat in vielen Schriften den gemäßigten revisionistischen Standpunkt. Während des Krieges gehörte er zur U. S. P., wurde nach Kriegsende aber wieder von der Sozialdemokratie in den Reichstag gewählt, dem er schon von 1902 bis 1912 angehört hatte.

Sport

Der Kampf um den Ball.

Viele Meinungen tauchen auf, warum heute eine große Anzahl Fußballanhänger nur noch die Resultate, aber nicht mehr die Spiele interessieren, während es vor Jahren umgekehrt war. Nur besonders wichtige und entscheidende Spiele üben noch eine Zugkraft auf die Masse aus, aber größtenteils nur deshalb, weil man etwas Besonderes erwartet. Obwohl die Spielregel keine wesentliche Änderung gebracht hat, ist der Charakter der Spielweise schwer gesunken. In der Ballbehandlung, wenn man von dem blitzschnellen geistigen Erfassen abläßt, ist wohl die Qualität im Durchschnitt dieselbe geblieben. Nachgelassen hat lediglich die Kopfarbeit der einzelnen Spieler, sowie die geistige Zusammenarbeit der Mannschaften. Naturgemäß fehlt dadurch die feine und feinsinnige Abwechslung, sowie das blitzschnelle entschlossene Erfassen vieler Situationen. An diese Stelle ist eine rohe Kraft mit ihren ungeschönten Begleitererscheinungen getreten. Sehr viele reizvolle und schöne Kampfesphasen sind dadurch verschwunden. Das Spiel ist teilweise roh und geistig arm oder besser gesagt zu eintönig geworden. Darüber können auch einzelne wirklich gute Leistungen nicht hinwegtäuschen. Betrachtet man das Spiel näher, so ist es größtenteils nur noch ein Kampf um den Ball. Die Vereinskämpfer geben sich mit Siegen zufrieden, dabei spielt es keine Rolle, wie sie errungen werden. Der keinem Verein angehörige Fußballanhänger will aber ein geistreiches, schönes und interessantes Spiel sehen, welches ihm eine angenehme Abwechslung bringt. Die teilweise stark zu Tage tretende sinnlose Rivalität bringt ihm keine Befriedigung und so meidet er lieber den Sportplatz. Vieles ist ohne Zweifel der Hauptgrund, warum die Spiele nicht fährender Mannschaften die Zugkraft nicht mehr ausüben wie vor Jahren.

Jeder Sporttreibende merke sich, nicht durch machinemäßige Handlungen und Bewegungen des Körpers erreicht man sein begehrt Ziel, sondern der Geist und die Gedanken müssen mitleben. Gerade bei Spielen jeder Art ist die Kopiarbeit oft ausschlaggebend. Die Reaktionszeit wird kürzer, was auch im Berufsleben ein großer Vorteil ist. Das Zuspätkommen von dem bekannten Bruchteil einer Sekunde fällt meistenteils weg. Der Gegner muß man nicht mit roher Kraft bezwingen, sondern kann ihn leicht überlisten. Viele unportliche Begleitererscheinungen fallen fast alle von selbst weg. Einmal kehrt ein und dadurch wird auch die Zusammenarbeit gehoben. Das Wichtigste dabei ist aber, daß man durch die Kopiarbeit viel Ab-

vertraut hat und dadurch erfolgreicher ist. Eine solche Freude stellt sich ein und das Spiel erhält den richtigen Zweck in jeder Beziehung.

Bücherschau

Das weiße Ländchen. Sendbote des Hl. Geistes für die kath. Jugend. Erscheint 5 mal während des Schuljahres und kostet jährlich M. 1.10. Konstanzer Freiburg (Schweiz)-Konstanz (Baden).

Dieser Sendbote des Hl. Geistes bestrebt sich, in Wort und Bild die katholische Jugend immer mehr zur Verehrung der dritten göttlichen Person anzuregen. Daneben bietet das Schriftchen auch weitere unterhaltende und belehrende Geschichten für junge Deutschen. Das Schriftchen verdient darum in Erzieher- und Schullehrer alle Beachtung und Förderung.

Obst- und Gemüseversteigerung

Weniger Gemüse am Hauptmarkt.

Köln, 7. Jan. Infolge des gestrigen Dreikönigstages, der auf dem Lande als Feiertag gilt, war der heutige Hauptmarkt mit Gemüse mäßig besetzt. Der Verkauf gestaltete sich daher flott und auch von Auslandsware wurde mehr abgesetzt. Gestern traf aus Südfrankreich eine Sendung Spinat ein, die bald zu 20 und 25 Pfg. das Pfd. verkauft war. Hierbei wird, wie bei allen Auslandswaren, die Verpackung als Ware mitbezahlt. Der Obstmarkt war auch heute wieder überfüllt.

Im Großhandel kosteten: Grünfohl 5-6, Feldsalat 50-70, Weißfohl 2,5-3, Stedrüben 4-5, Zwiebeln 5-7, Rosenfohl 13-16, Wirsing 5,5-6, Rotfohl 6,5-8, weiße Rüben 5-8, Karotten 5-6, Spinat 24-25, Möhren 3-5 Pfg. das Pfd. Kohlrabi 5-8,

Nettsch 5-10, Meerrettich 15-40, Blumenkohl bis 50, Endivien 5-25, Selleriefloren bis 70 Pfg. das Stk. Schwarzwurzeln 12-18 Pfg. das Gebund. Kartoffeln, rote Nieren 7, gelbe 5,50-8, Industrie 3,80-4,00 M. der Zentner. Butter 1,85-2,10 M. das Pfd. Eier 12-18 Pfg. das Stk. Gähpfel 10-25, Kochäpfel 6-12, Gähbirnen 15-25, Kochbirnen 12-15 Pfg. das Pfd. - Von Auslandswaren bedangen: Tomaten 40-60, Kottfohl 8-10, Weißfohl 6-8, Wirsing 6-8, Spinat 20-25 Pfg. das Pfd. Nadelstacheln großes Gebund 60 Pfg. Endivien 21-30, Kopfsalat 19-23, franz. Blumenkohl 50-60, ital. 40-55 Pfg. das Stk. Amerikanische Kaffeebohnen 17-18, kaliforn. Birnen Kiste 28, Apfelsinen Kiste 11-25, Zitronen Kiste 13-18, Valeriana Trauben 20-26 M., holl. Kaffee 10-12, Ananas 150-170, Bananen 45-50, belg. Trauben 140-180, Maronen 18-20, Baumrüben 50-60, Feigen 30-35 Pfg. das Pfd.

Kartoffeln. Butter. Eier. Käse.

Köln, 7. Jan. In der Produktenbörse notierten: rheinische runde gelbe Industrie-Kartoffeln 3,45-3,50 M. (Großhandelspreise für 50 kg. frei Köln). - Butter 1. Beschaffenheit 358 M. (jüngst 368 M.), 2. Beschaffenheit 320 M. (340 M.) für 100 kg. Erzeugerpreis ab Verladestation ohne Verpackung. Die Stimmung war sehr ruhig.

Verantwortlich: Peter Becher, Brühl. Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei P. Becher GmbH, Brühl.

Ob Sonnenschein, ob Regen,

das darf Sie nicht abhalten, dem Publikum zu sagen, was Sie gerade zum vorteilhaftesten Kauf am Lager haben. Benutzen Sie zur Insertion die weitverbreitete „Brühler Zeitung“.

Dangsagung

Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres guten Vaters erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir allen, besonders der Firma Rhein-Margarinewerke sowie d. Friedrich Gieslerschen Brauerei unsern

aufrichtigen Dank

Familie Weber.

Brühl, im Januar 1930.

Danksagung

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden und der Beerdigung unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, sowie für die schönen Kranzspenden sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank

Familien Conr. Rohm u. Aug. Daufenbach.

Trauer-

Drucksachen

wie:

Totenbriefe,
Totenzettel,
Danksagungskarten
liefert in kürzester Zeit

Brühler Zeitung

Buchdruckerei Peter Becher
G. m. b. H.
Schloßstraße 23 - Fernsprecher 108

Eifel - Verein

Ortsgruppe Brühl

EINLADUNG

zur 9. Jahreshauptversammlung
am Freitag, den 10. Januar 1930, abends
8 Uhr, im RATSCHKELLER (Misch, oben)

TAGESORDNUNG:

1. Vereins- u. Kassenbericht, Entlastung des Vorstandes
2. Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer
3. Festsetzung des Beitrages für 1930
4. Verabschiedung.

Nach der Hauptversammlung gemütliche Nachspeisung u. a. Vorführung einer Auswahl von Lichtbildern aus unserer Sammlung. Niederbücher mitbringen.

Zu dieser wichtigsten Versammlung des Jahres bittet der Vorstand um pünktlichen und regen Besuch.

Mit herzl. Freischauf!
Direktor A. Rademacher
1. Vorsitzender.

Brühl, den 2. Jan. 1930.
Am 22. Februar findet unser diesj. Trachtenfest im Haus Belvedere statt.

Lyzeum der Ursulinen

Brühl.

Anmeldungen

für die Sexta und die übrigen Klassen des Lyzeums nimmt die Direktorin täglich von 3-6 Uhr entgegen. Bei der Anmeldung sind Gebühr- und Impfschein vorzulegen.

Die Direktorin.

Empfehle mich im

Auipolstern v. Matratzen u. Sofas

in und außer dem Hause.

Chaiselongues sowie Leder- und Plüschsofas moderner Ausführung stets auf Lager.

Ant. Bergmann
Markt 20
Brühl

Preis-Masken-Ball in Pingsdorf

Lokal Kahn, vormals Lenz.

Donnerstag, den 9. Januar
von abends 7 Uhr ab.

Eintritt frei.

Die schönsten und originellsten Kostüme werden prämiert.

Reelle Preisverteilung.

Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand und der Wirt.

Ziehung garantiert
10. und 11. Januar 1930.

Wolffschultze

Galt-Lotterien

8817 Gew. u. 1 Prämie im Gesamtwert von

150 000 M.

75 000 M.

50 000 M.

25 000 M.

10 000 M.

Alle Gewinne bar ohne Abzug.

Lose 3,- M. (für ausw. Porto u.

Blückschreib mit 3 Losen aus

verschied. Taus. 9

einschl. Porto und Liste M.

Amtenbrink

Köln, Schildergasse 30.

Postcheckkonto Köln 60 470.

Ein Zählungsbuchzeug

ist und bleibt das wertvollste.
Es ist dabei billiger als
Blommanilla.



Köln, Zulpicher Str. 40

am Augustaplatz

Nähe Kuremburgerstr.

auf Hausnummer

40 achten.

ca. 1000 qm Ausstellung

im jedem der Möbel-

küche zu ermäßigten

Küchen

120 M. 270 M.

Schlafzimmer

120 M. 674 M.

in allen Größen

und viele weitere

Speisezimmer

450 M.

Gelegenheitskai

Kleiderchränke 45 M.

Betten 19 M.

Sofas und

Chaiselongues

36 M. 45 M. 65 M.

Beistelltische

4 Teile

Stahlmatratzen in allen

Größen.

Stoppdecken

selten schöne Muster.

Nur bis 1. Februar

20% Kassen-

Rabatt.

Lieferung m. eigenem

Auto kostenlos nach

jedem Ort.

Teilzahlung gestattet

bis zu 2 Jahren

ohne Wechsel.

Eich-Kleiderchränke

amweitrig. u. Tisch auf

verf. Wo sagt die Gsch. 133.

Sehr gute

Geige

billig zu verkaufen.

Wo sagt die Gsch. 134.

Zum Jahreswechsel

empfehle

Saubücher, Kassa-

bücher, Kontobücher,

Strassen,

Lieferanten- und Be-

stellbücher.

Briefordner, Schnell-

hefter,

Durchschlagpapier,

Kobelpapier,

Farbbänder sowie alle

Büroartikel.

Hubert Rommes.

Brühl, Markt 72,

Februar 34.

Wagen-Leiden-See

wird hervorragend.

Franko-Lieferung.

Kneipp-Kräuter-Ver-

trieb Christian-Wirges,

Köln, Luxemburger-

str. 51, direkt am Sub-

bahnhof.

Haus

in Bochum zu verkaufen.

9 Zimmer. Bei Kauf wer-

den 7 Zimmer frei.

Bilkestraße 28.

2-Zimmer-Wohnung.

in Bingsdorf zu verm.

Wo sagt die Gsch. 135.

3 Zimmer-Wohnung

im Erdgesch. vollst. neu

hergerichtet, sofort zu ver-

mieten. Dasselbe sind auch

größere Lager- u. Werk-

stättenräume für alle

Berode geeignet, zu ver-

mieten. Angeb. erb. u.

St. A. 222 an die Gsch.

Möbl. Zimmer

an ruhige Person zu ver-

mieten. St. A. Gsch. 136.

Junges Ehepaar sucht

sofort oder 1. 2. 30 be-

schlagnahmefreie

3-Zimmerwohnung.

Möbel kann evtl. mit-

gekauft werden. Off. unt.

St. A. 1048 an die Gsch.

Gehurt werden

RM. 3000.-

an erster Stelle auf ein

Objekt von RM. 40.000.-

Angebote mit Beding. u.

St. A. 217 an die Gsch.

300.- M.

zable demjenigen, der

verheirateten jungen

Mann aus besserem Hause

23 Jahre eine Vertrau-

enswürde gleich welcher

Art befragt. Gute Zeug-

nisse vorhanden. Off. u.

St. A. 1046 an die Gsch.

Kinderloses Ehepaar

sucht zum 1. Febr. od. 1.

März

2-Zimmer-Wohnung.

Off. u. St. A. 1050 a. d. Gsch.

Eich-Schlaf- zimmer

prima süddeutsch. Fabri-

kate.

Natur-Küchen

modernste Ausführung.

Betten

Bettwaren

Einzelmöbel

etc. erhalten solente

Preise auf längere Zeit

zu verk. bill. Preisen.

Nicht mit Abzahlungs-

Geschäften zu ver-

wechseln.

Offerten u. St. A. 223

an die Gschäftsstelle.



HAHNEN-BRAU

Köln, Hahnenstraße 43

Fernspr. A 2703

1 Minute vom Opernhaus.

Mittag- und Abendlich.

Eigene Kuhlantage und Metzgerei.

Selbstgebranntes Kölsch.

Große Säle für Vereine und Versammlungen.

15 und 16jähr. Mädchen

suchen Stelle

f. den Haushalt.

St. A. d. Gsch. 136.

Suche für den 15. 1. ein

tüchtiges älteres

Küchenmädchen,

welches kochen kann. Gute

Behandlung und hohen

Lohn zugesichert.

Frankfurt am Main, 10. Jan.

Restaurant Sophienhof,

Königsplatz.

Tüchtiges

Mädchen

für alle Hausarbeit, das

im Kochen bewandert,

für Restaurationsbetrieb

ge sucht.

Wo sagt die Gsch. 137.

Gebildete Dame

38 Jahre, hier fremd,

sehr schönes Heim, wünscht

Anschluss an gebildete

Hausfrau. Nehmen evtl.

ältere Dame oder Herrn

in unser Heim auf. Off.

u. St. A. 1049 an d. Gsch.

Mädchen

welches zu Hause schla-

fen kann, für besseren

Haushalt gesucht. Vor-

zustellen von 10-12 Uhr

St. Auguststr. 52.

Übernahme noch

einige Gärten zum Be-

schneiden v. Obstbäumen

u. w. Landschaftsgärtner

Vertram Westenberg,

Brühl, Wühlstr. 88

1. Etage.

Suche für meinen herr-

schaftlichen Haushalt

3-Zimmermädchen

welches nähen kann und

kindliche ist. Gute Zeug-

nisse Bedingung.

Aug-Viktoriastr. 8.

König

Bienen-Wästen-Schne-

derbong, allerfeinste Aus-

lese, Garantie für Rein-

heit. 5 Pfd. Bohn-Dose

RM. 6.50. Porto und Nach-

nahme 30 Pfg. mehr.

Obert Röhren,

Mechenich

St. Schleidern.

Laubfägebögel

Rundstäbe

Stuhlfüße

Spannleihen

<

Probleme im Haag

(Eigener Dienst.)

Ostreparationen.

Ein. Der Fragenkomplex der sogenannten Ostreparationen ist, obwohl es sich nicht um sehr beträchtliche Summen handelt, ein wenig kompliziert. Deutschland ist an der Regelung der Ostreparationen nur sehr indirekt interessiert, und das hat seinen Ausdruck ja auch darin gefunden, daß Deutschland in jenem Konferenzkomitee, das unter Vorsitz des französischen Vizepräsidenten steht und die sogenannten außerdeutschen Reparationen behandelt, gar nicht vertreten ist. Man weiß, daß bisher kein Weg zu einer Verständigung mit den Ostreparationsstaaten gefunden werden konnte. Eine Zeitlang schien diese Frage das Schicksal der Konferenz zu gefährden; aber inzwischen hat sich als übereinstimmende Auffassung der hauptbeteiligten Mächte im Haag herausgestellt, daß man unmöglich an dem Offensiven der Ostreparationsfrage das Schicksal des Youngplans scheitern lassen kann. Damit ist praktisch das Ostreparationsproblem zu einer Angelegenheit untergeordneten Ranges geworden.

Sanktionen.

Die deutsche Auffassung über Sanktionsfrage ist ebenso klar, wie einfach. Der Versailler Friedensvertrag behandelte die Reparationsfrage als etwas ausschließlich politisches und schaltete deshalb politische Zwangsmaßnahmen für den Fall der deutschen Nichterfüllung in sein System ein. Der Dawesplan brachte 1924 den großen Fortschritt, daß die Reparationsfrage als ein in erster Linie wirtschaftliches Problem anerkannt wurde. Wenige Monate nach der Ruhrbesetzung war es damals freilich nicht möglich, dieser Auffassung hundertprozentig im Plan Ausdruck zu geben; und so blieben eine Reihe politische Elemente auch unter der Dawesregel bestehen. Der Youngplan macht zum ersten Male insofern reinen Tisch, als er nur noch die wirtschaftliche Seite des Reparationsproblems anerkennt. Unter seiner Herrschaft ist also keinerlei Raum mehr für militärische Zwangsmaßnahmen, wie die Sanktionen sie darstellen. Das ist eine Tatsache, um deren praktische Anerkennung Frankreich im gegebenen Falle wohl auch dann nicht herumkommen könnte, wenn der einschlägige Artikel des Friedensvertrages unverändert bestehen bliebe. Was Deutschland verlangt, ist nichts anderes, als die formulierte Anerkennung dieses zwingenden Tatbestandes. Es ist technisch unüberwindlich, etwa den betreffenden Artikel aus dem Versailler Vertrag herauszureißen; denn zu seiner Änderung bedarf es der Zustimmung sämtlicher Unterzeichner, also eines überaus umständlichen und unberechenbaren Apparates. Aber wie in ähnlichen Fällen schon andere Teile des Friedensvertrages durch abweichende Vereinbarungen außer Kraft gesetzt worden sind, ohne daß man am Vertragsgehalt irgendeine Änderung vorgenommen hätte, so soll auch diesmal eine deutsch-französische Formel dem Sanktionsartikel seine Giftjahne ausbrechen. Eine Reihe von Besprechungen zwischen Dr. Curtius und den Franzosen Lardieu und Briand hat hierüber bereits stattgefunden; ähnliche werden folgen, und sie werden nicht leicht sein. Denn vorläufig sträubt sich, trotz vereinzelter vernünftiger französischer Pressestimmen, das amtliche Frankreich gegen jede wirkliche Konzeption. Und es ist für die augenblickliche Situation im Haag immerhin bemerkenswert, daß die Vertreter aller anderen Länder, deren Öffentlichkeit für irgendwelche Sanktionspolitik gewiß nicht das geringste übrig hat, sich mit der Rolle der unbeteiligten Zuschauer begnügen, statt auch ihrerseits auf die selbstverständlichen Konsequenzen des Youngplans hinzuwirken.

Zahlungstermine.

Man hat bisher im Haag noch nicht gesprochen von dem Streitpunkt der Zahlungstermine. Es handelt sich um die Frage, ob Deutschland seine Zahlungen an die internationale Bank zu Anfang oder zu Ende jedes Monats leisten soll. Es sind über die zinsmäßigen Auswirkungen dieses Unterschiedes in letzter Zeit manche übertriebenen Berechnungen aufgestellt worden. Legt man einen Zinssatz von 6 Prozent zugrunde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich bei einem ungünstigen Zahlungstermin für Deutschland entstehende Zinsverluste jährlich immerhin auf rund 10 Millionen Reichsmark stellen kann. Deutschland hat gar keine Veranlassung, auf solche Weise einer praktischen Erhöhung der Annuitäten zuzustimmen, und man kann deshalb von der deutschen Delegation wohl erwarten, daß sie sich auch in dieser Frage hartnäckig und zielbewußt zeigt.

Polenvertrag.

Die Deponierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens bei der Haager Konferenz stellt ohne Zweifel einen ungewöhnlichen Akt dar. Einmal deshalb, weil Polen es nicht einmal für nötig gefunden hatte, den Vertragspartner Deutschland von solcher Absicht auch nur zu unterrichten; und zum anderen deshalb, weil nach deutschem Recht das Abkommen vor der Genehmigung durch den Reichstag ja überhaupt noch keinerlei Rechtskraft hat. Es rächt sich hier die Ungeheuerlichkeit des Gefandten Kaufs, der im Paragraphen 1 die gleichzeitige Ratifizierung dieses Abkommens mit dem Youngplan zugestanden und damit scheinbar eine Verbindung zwischen Youngplan und Polenvertrag hergestellt hat, gegen die sich jetzt die deutsche Delegation mit rechter Mühe verteidigen muß. Es ist zu hoffen, daß dem deutsch-polnischen Zwei-



Die Beisetzung der Opfer des Kino-Brandes in Paisley

Eine riesige Menschenmenge in Erwartung des Trauerzuges mit den Särgen der 70 getöteten Kindern.

schall im Jaspar-Komitee keine größere Bedeutung zugeschrieben werden muß. Ein Moment aber macht auf jeden Fall stutzig. Wenn Polen mit solcher Ueberbete und solcher Rücksichtslosigkeit sich mißt, Deutschland auf das Dokument festzulegen, so erwartet das den Anschein, als sei Polen der Meinung, Deutschland mit dem Liquidationsabkommen recht gründlich über den Döbel barbiert zu haben. Auch diejenigen, die trotz starker Kritik im einzelnen bisher dem Liquidationsvertrag glauben zustimmen zu können, werden daraufhin nun wohl genötigt sein, ihn noch einmal von Grund auf zu überprüfen. Franz C. Koch.

Neue Aufgaben bei der Konsolidierung der Kommunal-Wirtschaft

Von Geh. Regierungsrat Dr. Seidel, Verwaltungsratsrat, Berlin.

Man rechnet mit einer kurzfristigen Verschuldung der Kommunen in Höhe von 1,7 bis 1,8 Milliarden Mark, eine Verschuldung, die ständig zu einem größeren Druck am offenen Geldmarkt geführt hat. Die Konsolidierungsmaßnahmen des Deutschen Städtetages sind bereits schieblich erörtert worden und werden auch in den nächsten Wochen die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände beschäftigen. Dabei ist es besonders interessant, daß die Mitwirkung der Deutschen Girozentrale bei der Konsolidierungsaktion in Verbindung steht mit einer Verminderung des Tempos im Wohnungsbau. Es wird darauf hingewiesen, daß im Jahre 1928 im Wohnungsbau ein Rekord mit mehr als 300 000 Neubauwohnungen erzielt worden ist. Dafür waren allein langfristige Aufwendungen von 3½ bis 4 Milliarden erforderlich und große Aufwendungen für Kanal-, Wasser- u. Gas-Anschlüsse, die etwa 1½ Milliarden ausmachen. Man hat dabei schon „befürchtet“, daß die Fortsetzung der bisherigen Wohnungspolitik schon im Jahre 1930 zur Überwindung der Wohnungsmangel führen würde.

Man muß sich bei dieser Gelegenheit unbedingt klar machen, daß die angestrebte Gefundung der Gemeindefinanzen hier in Verbindung steht mit einer

Verminderung der Aufträge an die Wirtschaft. Wertmäßig ist in der ganzen Aussprache bisher dieser Gesichtspunkt noch nicht genügend in die Erwägung getreten. Eine Verminderung der Aufträge an die Bauindustrie um hunderte von Millionen Mark jährlich bedeutet naturgemäß eine Verminderung der Arbeitsmöglichkeiten, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Bleibt die Verschuldung der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunalverwaltungen, im jetzigen Ausmaß bestehen, so ist denkbar, daß sich eine

Steigerung der Zinslasten

ergibt, weil ein Teil der noch zu verhältnismäßig günstigen Zinssätzen abgeschlossenen Darlehen bei der vorläufig noch notwendigen Verlängerung mit höheren Zinssätzen belastet wird. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß ein Teil der kommunalen Verschuldung zwar kurzfristig aufgenommen war, aber doch durch wiederholte Verlängerungen einen Ersatz für langfristige Verschuldung darstellte. Da in den letzten Monaten verschiedentlich die benötigte Darlehenssumme nicht beschafft werden konnte, haben sich die Kommunen teilweise gegenseitig die Zinssätze hinaufgetrieben.

Nun wird als Grundsatz für die Gestaltung der weiteren kommunalen Finanzpolitik, insbesondere für den Aufbau des Haushaltsplanes 1930,

unbedingte Sparjamkeit

verlangt, eine Forderung, die durchaus berechtigt erscheint und die naturgemäß für alle Faktoren des öffentlichen Lebens gilt, nachdem die Privatwirtschaft bereits zwangsweise zu dieser Sparjamkeit gezwungen worden ist. Wenn man auch an dem guten Willen der führenden Kommunalpolitiker zur Sparjamkeit nicht zweifelt, wird man sich in Bezug auf die Auswirkung dieses guten Willens skeptisch sein müssen. Wir wissen, daß die Gestaltung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte nicht in das

freie Ermessen der Kommunalverwaltungen gestellt ist, sondern daß ein großer Teil der Ausgaben auf Grund von Reichs- und Landesgesetzen erfolgt und daß

etwa 80% der Ausgaben zwangsläufig erfolgen. Es würde also nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Haushaltsplanes für die Betätigung des sparsamkeitsweisenden Blaustrichs übrig bleiben, und es besteht die Gefahr, daß unter dem Druck der Ereignisse eine Sparjamkeit an wirklich notwendigen Dingen geübt werden muß.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die frühere Aktion des Beamtenabbaues, an die unzulässige Beurteilung des kommunalen Anleihenwesens, wobei man stets an eine gewisse Entartung der kommunalen Betätigung gedacht hat, während eine wirkliche Nachprüfung der

Anleihepolitik

ein durchaus befriedigendes Bild in Bezug auf die Verwendung der Mittel ergab. Von den langfristigen inländischen Anleihekapitalen sind vor einem Jahr 28% für Wohnungsbau und Siedlungswesen, 13% für Straßen, Wege und Brücken verwendet worden, während sonst größere Projektanteile lediglich noch auf Verkehrsunternehmungen, Schulwesen (einschließlich Schulbauten) und Krankenhausbauten entfielen. Gleichzeitig wurden die langfristigen ausländischen Anleihen in erster Linie für die Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung (53%), Ausbau der Verkehrsunternehmungen (23%), Gasversorgung (8%), und Wasserversorgung (9%) verwendet. Wir finden hier also eine Verteilung dafür, daß der Anschlag des kommunalkredits an die ausländischen Kapitalmärkte zu Zwecken der Finanzierung der städtischen Betriebe erfolgt ist, und diese Finanzierung ist nicht allein erfolgt, um die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität sicherzustellen, sondern auch deshalb, weil die städtischen Werke einen wesentlichen Einnahmeposten der Städte sichern.

Ueber die Beiträge der

Gemeindebetriebe für die allgemeine Finanzwirtschaft gibt es die verschiedensten Lösungen. In jeder Stadt sieht das Bild anders aus. Letzten Endes bleibt ein großer Teil der von den Gemeinden erhobenen Wertstarife zur Deckung dringender Ausgaben auf anderem Gebiete übrig. Diese Entwicklung ist in den letzten Jahren so vor sich gegangen, daß heute schon verschiedene Kommunalpolitiker vor einer Ueberbete dieser Finanzpolitik warnen und die Tarife der Gemeindebetriebe lediglich abgestellt sehen wollen auf die gesunde Finanzwirtschaft der Betriebe selbst unter Vernachlässigung der Rücksichten auf Ueberbete. Wirft man einen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre, soweit es sich um den Zuschußbedarf der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern handelt, so findet man diesen Zuschußbedarf verteilt auf die allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung, auf Polizei, Bildungswesen, Wirtschaft und Verkehr, auf Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art, wobei das Wohlfahrtswesen den Hauptteil beansprucht und im Anschluß daran das Bildungswesen eine große Rolle spielt.

Die Wohlfahrts- und Fürsorgelasten haben in den letzten Jahren noch zugenommen neben der Erhöhung der Polizeikosten, der Bildungsausgaben, der Aufwendungen für Wohnungswesen und Straßenbau. Wenn man angenommen hat, daß

die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge eine Verminderung des Zuschußbedarfes um 72 Millionen Mark ausmacht und so die Gemeinden entlastet, hat sich dies als trügerisch erwiesen, denn eine Lastenvermehrung in der wirtschaftlichen Fürsorge und ein Aufwand für arbeitsfähige Wohlfahrtsverwerflose hat hier ausgeglichen. Bis hierher ergab sich also, daß der Zuschußbedarf der Gemeinden angewachsen ist. Sparmaßnahmen haben lediglich dazu geführt, neue steuerliche Belastungen zu vermeiden, jedoch war eine Milderung des Steuerdruckes noch nicht durchführbar.

Die Erörterung der Neuaufstellung der öffentlichen Finanzwirtschaft

hat in viel. Freilen die Hoffnung ausleben lassen, daß bald eine unmittelbare Entlastung der Privatwirtschaft vom Steuerdruck bemerkbar macht und daß dann in der Privatwirtschaft die Neubildung von Betriebsmitteln angestrebt werden kann. Damit würde in Verbindung stehen eine Entlastung von Zinsverpflichtungen für die Aufnahme von Betriebsmitteln und die durch die Steuerermäßigungen eintretende direkte Wirkung für die privaten Unternehmungen. Wegen der gegenseitigen Abhängigkeit der Finanzen des Reichs, der Länder und der Kommunen wird die Durchführung dieser Pläne

nur etappenweise möglich

sein. Wenn das aber geschieht, ist noch lange nicht sicher, daß in der Kommunalwirtschaft eine Parallelerleichterung durchgesetzt werden kann. Der erfahrene Kommunalpolitiker hat längst erkannt, daß die Durchführung größerer Bauten und Unternehmungen aus Erneuerungsfonds billiger ist als aus Anleihen. Leider war es aber in den letzten Jahren nicht möglich, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen und die Bildung von Erneuerungsfonds überhaupt durchzuführen. In der Kommunalverwaltung liegen die Dinge so, daß jede Reform der Reichsfinanzen und der Länderfinanzen sich auch auf die Gemeinden auswirkt, da die Gemeinden am Ertrag dieser Steuern beteiligt sind. Da außerdem eine Senkung der eigentlichen kommunalen Steuern verlangt wird, ergäbe sich damit ein Loch in der Einnahmeseite des Haushaltsplanes, das umso bedenklicher wirkt, als noch garnicht abgesehen ist, inwieweit nicht freiwillige Ersparnisse durch zwangsläufige Entwidlung von Lasten wieder ausgeglichen werden.

Es ergeben sich also klar

die neuen Aufgaben bei der Konsolidierung der Kommunalwirtschaft:

1. Sparjamkeit auf allen Gebieten, soweit die Kommunalverwaltungen selbst im eigenen Wirkungsbereich eine solche Sparjamkeit ohne Gefährdung wichtiger Volksinteressen durchführen können.
 2. Mitwirkung an der geplanten Steuerentlastungsaktion des Reichs und der Länder wegen der für die Kommunen entstehenden Auswirkungen; gegebenenfalls gleichzeitige Erörterung der den Gemeinden zustehenden Ersparnisse für entfallende Steueranteile (diese Aufgabe wird sehr verständlich nur durch Vermittlung der kommunalen Spitzenverbände durchführbar sein).
 3. Beobachtung der Sparjamkeitsmaßnahmen in Bezug auf die Entwidlung der wirtschaftlichen Lage und
 4. sorgfältige Prüfung des Gesamthaushaltes unter Beteiligung der an den Gemeindebetriebe mitwirkenden Wirtschaftsvertreter.
- Zu warnen ist vor der Auffassung, als ob die Kommunen eine Gefundung der Finanzwirtschaft durchführen können, ohne Unterstützung von Reich und Ländern.

Westdeutschland

Milchpreislenkung ab 10. Januar

„Düsseldorf, 6. Jan. Der rheinisch-westfälische Milchschuß, dem die Regelung der Milchpreisfrage obliegt, einigte sich bei einer Besprechung über die Lage am Milchmarkt, den Milchpreis ab 10. Januar um zwei Pfennige das Liter herabzusetzen. Hiernach beträgt der Milchpreis vom 10. Januar ab 20 Pf. franto Verbrauchsart, wozu dann die örtlichen Sonderzuschläge, nämlich Großhandels- und Kleinhandelsprämie, hinzukommen. Bei den Besprechungen wurde die Lage in der rheinischen Milchwirtschaft als trotzlos bezeichnet. Seit längerer Zeit bestände bereits große Absatzschwierigkeit, die zum Teil dadurch hervorgerufen ist, daß infolge des vollständigen Produktionsrückganges im Winterwetter und der dadurch bedingten verhältnismäßig großen Produktion die Butterpreise für die Jahreszeit sehr niedrig stehen. Infolgedessen sah sich der größte Teil der Landwirte, die sich auf Milchwirtschaft verlegt, veranlaßt, sich für den Verkauf von Frischmilch zuzuwenden.

Ein guter Fang

„Barmen, 6. Jan. Durch die Festnahme der Einbrecher, die am Samstag den Raubüberfall auf die Frau Stein in Barmen verübt haben, ist auch ein weiterer Raubüberfall aufgeklärt worden. Es steht jetzt fest, daß der Raubüberfall auf den Kassenboten der Firma Kake in Elberfeld am 20. Dezember ebenfalls von dem festgenommenen Barmen aus Essen und Justus aus Ronsdorf verübt wurde. Auch damals wurde der Ueberfallene durch Messerfertigkeit schwer verletzt. Barmen ist gefangen, während Justus noch die Teilnahme an der Tat abstreitet.

Buntes Allerlei

Zeit ist Geld.

Ort der Handlung: Ebdentoben in der Pfalz. Ein Herr, der eiligen Schritts zur Bürgermeisterei strebt, sieht einen jungen Mann suchend zur Erde geneigt stehen. Mitleid läßt ihn sich nach der Ursache erkundigen. — „Junger Mann: „Ich habe Geld verloren.“ — „Da es Abend ist und dunkel, werden Streichhölzer angezündet. Etwa sechs pusten der Wind aus, das siebente endlich glimmt, und das achte erst brennt. Immer von neuem wird ein Streichholz angezündet. Die Zeit eilt davon, fünf, zehn, fünfzehn Minuten. Da fragt der mitleidige Herr den jungen Mann: „Wieviel war es denn?“ — „Fünf Pfennige!“ — „War die Antwort.“

Der verhaftete Battenberger Unbekannte Briefe Wilhelms I.

Sobald auch schon über die Verwicklungen geklärt worden ist, die sich an die geplante Vermählung der Prinzessin Viktoria von Preußen, der jüngst verstorbenen Frau Jubiläum, mit dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem ersten Fürsten von Bulgarien, anknüpfen, so sind doch die Anfänge der „Battenbergtrife“ bisher unbekannt geblieben. Es dürfte daher sowohl von historischem, über alles Persönliche hinausgehendem Interesse sein, aus zwei Briefen Kaiser Wilhelms I. an seinen Sohn, den Kronprinzen, die außerordentliche Schärfe kennen zu lernen, mit welcher der Kaiser diese Heiratspläne bei ihrem ersten Auftauchen bekämpfte. Wir folgen dabei einer Darstellung im „Berliner Tageblatt“.

Die erste Nachricht von einer beabsichtigten Annäherung des „Battenbergers“ an den preussischen Hof ging dem Kaiser aus Petersburg, „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ zu. In einem vom Kronprinzen als „sehr vertraulich“ bezeichneten Briefe vom 18. April 1884 schrieb er daraufhin an Kaiser Wilhelm I. die Mitteilung seinem Sohn, daß die Königin von England beabsichtige, den Fürsten v. Bulgarien mit ihrer jüngsten Tochter, der Prinzessin Beatrice, zu vermählen, daß sie aber, „wenn nichts daraus würde, ihr Auge auf Vicky (die Prinzessin Viktoria) wende“. Diesen Brief erhielt der Kronprinz, als er im Begriff war, sich mit seiner Frau und der Prinzessin Viktoria zur Vermählung des Prinzen Ludwig von Battenberg mit der Tochter des Großherzogs von Hessen nach Darmstadt zu begeben. Da sich zu jener Zeit außer der Königin von England auch der Fürst von Bulgarien, der Bruder des Bräutigams, in Darmstadt befand, so fürchtete der Kaiser, daß „durch diese Familienzusammenkunft dem Gerücht neue Nahrung gegeben werde“, und fügte daher seinem Briefe noch die einschließenden Worte bei:

„Da erkläre ich nun auf das Bestimmteste, daß ich niemals einer preussischen Prinzessin meine Einwilligung zu einer Ehe geben werde, nach einem Bande, dessen Pseudo-Monarch schon dreimal in der Lage war, zu abdanken, noch jetzt sehr in seiner Stellung wankt, in einem gänzlich ungebildeten Lande und Volke, ganz abgesehen von der Art der Erziehung (der Herkunft) Alexanders. Ganz dieselbe Ansicht habe ich hinsichtlich der Verlobung Leopold von Hohenzollerns nach Spanien geäußert, als er erklärte, nur auf meinen Befehl hingehen zu wollen, da er gar keine Vocacion dazu fühle, und ich nur erkläre, niemals einem Mitglied Unseres Hauses einen Befehl zu einer Position geben würde, von der das Fortleben sich voraussetzen ließe und auch eintrat mit dem Italiener. (Die letztere Bemerkung bezieht sich auf die Abkündigung des Königs Amadeo von Spanien, eines Sohnes König Viktor Emanuels II. von Italien im Jahre 1878.)

An dem gleichen Tage, an dem der Kronprinz diesen Brief erhielt, suchte ihn auch Bismarck in der gleichen Angelegenheit auf, um ebenfalls gegen die bulgarischen Heiratspläne Einsprüche zu erheben. „Er hat die Battenberg Version“, wie der Kronprinz schreibt, „aus Darmstadt in Kreisen vernommen, während das Gerücht Beatrice aus Petersburg stammt.“ Der Kaiser hielt sich damals zu seiner gewöhnlichen Frühlingskur in Wiesbaden auf und hier artete er auch den Fürsten von Bulgarien; um eine Audienz gebeten hatte. Der Fürst aber nicht nach Wiesbaden, sondern traf einige Tage nach der Rückkehr des Kronprinzen und seiner Familie aus Darmstadt in Berlin, wo er durch Vermittlung des Grafen von Helldorf die Bitte an den Kaiser richtete, von empfangen zu werden. In dieser Reise nach Berlin erklarte der Kaiser eine wider seinen Willen die Befehle betriebene Weiterverfolgung des „marriage-Projektes“, und schrieb 8. Mai 1884 einen zweiten Brief an den Kronprinzen, der sich in seiner Schroffheit kaum erheben läßt. Es heißt darin:

„Da Du und Viktoria der Mariage Angelegenheit nach Eurer Rückkehr von Darmstadt nicht mehr berührt habt, so mußte ich annehmen, daß nach meiner bestimmten Weigerung, die quist. Mariage nicht geben zu können, Ihr dies in Darmstadt hätten fühlen lassen und die Sache sei tot und darum hätte ich dem Fürsten das redbare von Wiesbaden gegeben, um keine neue Nahrung der Sache nach keiner Richtung zu geben. Seine Ankunft hier zeigt mir nun, daß meine Vermutungen nicht die richtigen waren, denn sonst könnte er nicht die Effronterie haben, herzukommen. Ich werde ihn morgen vor dem Exzellenzen empfangen und sollte er mir von der Sache sprechen, so werde ich ihm bestimmt ein Nein! aussprechen, wie ich es Euch beiden hiermit wiederholt tue. Ihr habt Euch in Eurer Benehmen darnach gehen ihn zu richten, um ihm keine Illusionen über seine Zukunft (zu machen). Wenn Ihr diesem meinem Befehle nicht nachkommt, so werde ich genötigt sein, als Chef des Hauses anders aufzutreten.“

Bemerkenswert an diesen Briefen Wilhelms I. ist, daß für ihn damals nur persönliche Gründe, die Herkunft des Fürsten (er stammte aus der morganatischen Ehe des Prinzen Alexander von Hessen) und seine wankende Stellung in Bulgarien in Frage kamen, nicht aber die Rücksichtnahme auf Rußland, welche die Haltung Bismarcks bestimmte.

Der Ausbau der Angestelltenversicherung

Durch einen Beschluß des Reichstages vom 1. März 1929 war die Reichsregierung aufgefordert worden, alsbald einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung vorzulegen. Das ist nun in einer Vorlage des Reichsarbeitsministeriums geschehen. Zwischen Reichsregierung und dem Reichsrat hat sich nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung erzielen lassen. Der Reichsrat hat denjenigen Bestimmungen, die eine Änderung der Selbstverwaltung betreffen, seine Zustimmung verweigert. Er ist der Auffassung, daß eine Änderung der betreffenden Vorschriften zum mindesten als verfrüht anzusehen sei.

Das Gesetz bringt neben Bestimmungen über den Ausbau der Selbstverwaltung recht wichtige Bestimmungen über den Ausbau der Versicherungsleistungen. So steht er in Übereinstimmung mit dem Versorgungsrecht im Falle der Scheidung oder der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft eine Witwenrente für die frühere Ehefrau des Versicherten vor. Die Mehrbelastung aus dieser Verringerung kann nur ganz gering sein, denn von 71 000 männlichen Rentenberechtigten, für die im Jahre 1922 von den Landesversicherungsanstalten Invalidenrenten festgesetzt worden sind, waren nur 370 geschieden.

Abweichend vom Versorgungsrechte gewährt der Entwurf der geschiedenen Ehefrau die Witwenrente nur, solange sie bedürftig ist.

Der Entwurf schlägt ferner nach dem Vorgang des Gesetzes der Unfallversicherung und des Versorgungsrechts für die Eltern und Großeltern eine Rente vor, und zwar dann, wenn sie vom Versicherten überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten worden und bedürftig sind. Die sich aus dieser Verringerung ergebende Mehrbelastung ist ganz geringfügig.

Für die seit dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge wird in der Angestelltenversicherung ein Steigerungsbetrag von 15 v. H. gewährt. Diese Regelung erleichtert die Berechnung der Renten, sie hat aber den Nachteil, daß jede Erhöhung der Beiträge von selbst auch eine Erhöhung der Versicherungsleistungen bewirkt.

Wenn eine weibliche Versicherte nach Erfüllung der Ehezeit heiratet, so steht ihr nach Paragraph 62 ein Anspruch auf Erstattung der halben Beiträge zu. Die Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die Erstattung auch dann zugebilligt, wenn die Ehezeit bei der Heirat noch nicht erfüllt war. Diese Verwaltungsmaßnahme wird durch den Entwurf zum Gesetz erhoben.

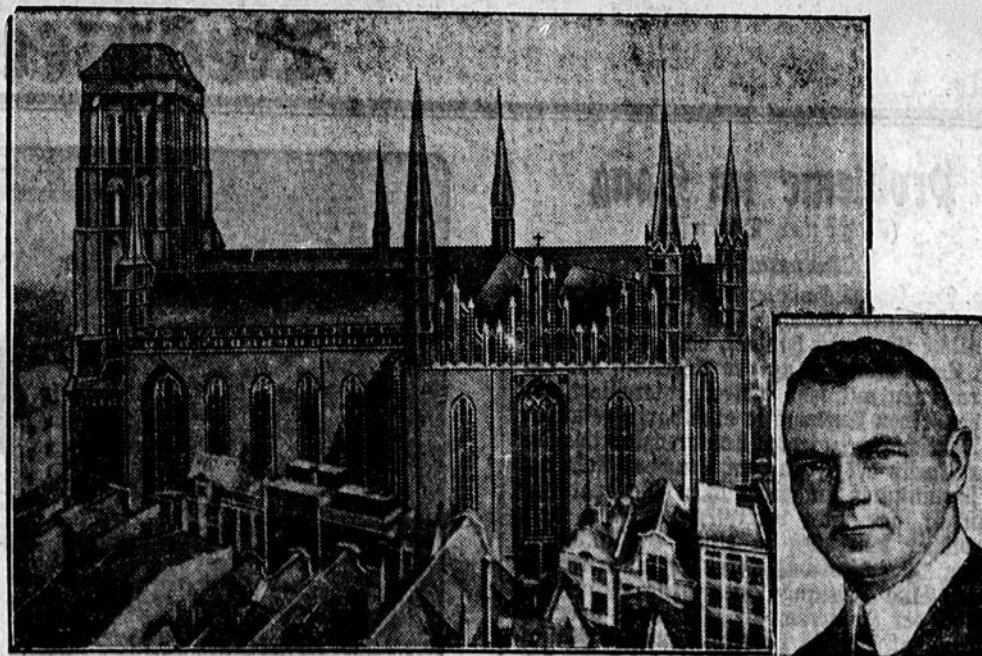
An weiteren Änderungen ist besonders diejenige wichtig, welche mit Wirkung vom 1. September 1928 die Versicherungsfreiheit für Redakteure und leitende Angestellte im Dienste der Presse feststellt, die bei der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse versichert sind. Haben die solcher Art versicherungsfreien Personen vor ihrem Beitritt zur Versorgungsanstalt der Angestellten oder Invalidenversicherung Angehörige und versichern sie sich freiwillig weiter, so haben sie Anspruch auf den Beitragsanteil des Arbeitgebers. Dieser braucht nicht mehr zu erstatten, als er für eine angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung als Arbeitgeberanteil entrichten mußte.

Scheiden solche Personen aus der Versicherung bei der Versorgungsanstalt aus und werden sie binnen einem Jahre angestellt, oder invalidenversicherungspflichtig, so gelten die Kalendermonate, in denen sie ohne die Zugehörigkeit zur Versorgungsanstalt versicherungspflichtig gewesen wären, höchstens aber die letzten einhundertzwanzig Monate, als reichsgesetzliche Pflichtbeitragsmonate in den Beitragskassen, die dem jeweiligen Arbeitsverdienst entsprechen hätten. Dafür ist der Reichsversicherungsanstalt von der Versorgungsanstalt das erforderliche Deckungskapital zu zahlen.

Ferner ist noch zu bemerken, daß die Jahresarbeitsverdienstgrenze des Angestellten, die früher 5000 Mark betragen hatte, auf 8400 Mark erhöht wird.

Das deutsche Eigentum in Marokko

Mit. Paris, 7. Jan. Zu dem am 31. Dezember zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichneten Abkommen über die Liquidation deutscher Güter in Frankreich nimmt die französische Presse z. T. polemische Stellung, namentlich zu der Nachricht, daß das deutsche Eigentum in Marokko, soweit es noch nicht verpfändet worden sei, zurückgegeben worden sei. Eine Veröffentlichung des Quai d'Orsay tritt jedoch dieser Polemik entgegen und stellt fest, daß insbesondere in Marokko die Rückgabe des noch nicht liquidierten deutschen Vermögens keineswegs bedingungslos erfolgt sei, es sei vielmehr verlangt worden, daß das freigegebene Eigentum von seinen ehemaligen Besitzern innerhalb einer Frist von sechs Monaten an dritte Personen abzutreten ist, die der marokkanischen Regierung genehm seien. Nach diesem Termin stehe es der marokkanischen Regierung (also in Wirklichkeit Frankreich) frei, von dem Verkaufsrecht auf die bis dahin nicht abgetretenen deutschen Güter Gebrauch zu machen.



Danzigs Wahrzeichen, die Marienkirche, rechts unten Danzigs Staatspräsident Dr. Sahn.

Am 10. Januar sind es 10 Jahre, daß Danzig zur „Freien Stadt“ erhoben und außerhalb des deutschen Staatsverbands gestellt wurde.

Danzig, zehn Jahre abgetrennt

Von Dr. Th. Rudolph-Danzig,

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Danziger Heimatliefers.

Von Memel bis Gultschin ist die neue deutsche Ostgrenze eine einzige Bruchlinie und nicht einmal eine zusammenhängende Linie. Da, wo sich im Weichseldelta das Gebiet der Freien Stadt Danzig Ostpreußen östlich anlehnt und der Korridor sich in schmaler Zuspitzung an die Ostseeküste hängt, ist diese brüchige Grenze aufgerissen: tödliche Aufspaltung des deutschen Ostens. Hier liegt Danzig außerhalb der Reichsgrenzen im gefährlichsten Abschnitt der östlichen Grenzgebiete, im Dreipunkt der deutschen Grenzstellungen Ostpreußen und Hinterpommern-Grenzmarkt. Ehemals die stolze Hauptstadt der Provinz Westpreußen entrann Danzig dem Schicksal der Abtrennung an Polen mit knapper Not, um nun als Hauptstadt eines gleichnamigen Miniaturstaates ein Dasein, erfüllt von Kampf und Not, von Unruhe und Unsicherheit, zu führen.

Zeichen deutscher Kultur und deutschen Fleißes, ein einziges großes Denkmal der Jugendkraft zum deutschen Volk ragen seine Türme und Kirchen, stehen seine Patrizier- und Bauernhäuser, seine Schulen, seine Werkstätten und Fabriken, liegt die gelegene Landschaft der Weichselmündung ausgedehnt. Von den 300 000 Bürgern auf dem 1960 Quadratkilometer umfassenden Gebiet der Freien Stadt Danzig sind nicht weniger als 340 000 deutsch. Das ist eine gute und starke Befestigung für ein kleines Staatsgebiet, wie es die Freie Stadt Danzig ist. Seine Mannschaft ist zuverlässig. Aber das Staatsgebiet selbst ist ein schwaches Fahrzeug, ohne die Festigkeit und Kraft eines eigenen Willens entsprungenen Staatswesens, belastet mit der Komplexität bedeutender Vertragsrechte, die Polen in diesem Staate ursprünglich erhalten oder in jähem Vorrückbrängen inzwischen gewonnen hat: die Verwaltung der Eisenbahnen, die Zollgesetzgebung, die separierte Hafenpost, den Munitionsumschlag auf der Westerplatte, das Anlegerecht für die polnische Kriegsmarine, die häßliche Besetzung der Hafenverwaltung, wirtschaftliche Gleichberechtigung für die polnischen Staatsangehörigen, die Vertretung der Freien Stadt nach außen usw., ein Neg einschneidender Rechte, deren Abgrenzung und Ausübung zu andauernden Reibungen, Unzufriedenheiten, zu Spannungen und Mißtrauen zwischen Danzig und Polen führen müssen und letzten Endes nur die Widerstandskraft des Danziger Bürgers (die Polen gewiß nicht) treffen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Staat in so verworrenen Rechtsverhältnissen, unter so starkem politischem und wirtschaftlichem Druck Polens, so wenig tatkräftig beschützt von seinem Schutzherrn, dem Völkerbunde, in immer schwierigeren Situationen geraten muß.

Vor allem wird auch seine wirtschaftliche Lage, insbesondere im Hinblick auf die Währung seiner inneren Selbstständigkeit, zunehmend bedrohlicher. Es ist hinlänglich bekannt, daß der neuerrichtete polnische Nationalbank (Gdingen) sich unter staatlicher Regie zur polnischen Seemetropole entwickelt. Von 0,4% Umschlagstätigkeit im Vergleich zum Danziger Hafen im Jahre 1924 wird er im verflochtenen Jahre schon auf ca. 25% gekommen sein. Auch im Jahre 1929 wieder hat er eine so starke Aufwärtsentwicklung genommen, daß er den Danziger Seeverkehr bereits von dem Stande von 1928 her unterdrücken konnte. Auch die industrielle Entwicklung Gdingens hat dank weitgehender Regierungsunterstützungen, besonders in der Gewährung billiger Kredite, dank Zuhilfenahme des niedrigen Standes der polnischen Valuta, des niedrigen Niveaus der Löhne und Sozialkosten und der Lebenshaltung in Polen solche Fortschritte gemacht, daß sich die Gefahren für die Danziger Industrie deutlich abzeichnen. Die Polen mit der Gründung eines eigenen Hafens im Küstenabschnitt des Korridors darauf ausgeht, den Danziger Hafen und die reichsdeutschen Ostseehäfen von der Hafenarbeit für das polnische Hinterland auszufüllen, so verfolgt es mit der Gründung von Ausfuhrzwangsbilanzen die Vereinfachung des ganzen Ex-

porthandels in polnischer Hand, die Ausschaltung der deutschen Handelsvermittlung und die Beschränkung des Danziger Handelsanteils auf ein Minimum. Und dieses sind nur Beispiele der wirtschaftlichen Expansion Polens gegenüber der Freien Stadt.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Entwidlung der Dinge eine schwere Gefährdung der Danziger Wirtschaft und folglich auch der politischen Position Danzigs bedeutet. Diese Tatsache muß vom allgemeinen deutschen Gesichtswinkel gesehen umso bedenklicher erscheinen, als die Stellung Danzigs als Bindeglied und Scharpunkt in der Korridorfrage der Ostgrenze von entscheidender Bedeutung ist.

Das einzige Postulat, das wir heute noch in unveränderter Befestigung aufzuweisen haben, ist die kulturelle Unversehrtheit unseres deutschen Volkskörpers und seine unveränderte zahlenmäßige Überlegenheit (95%). Auch hier ist uns das Leben nicht leicht gemacht; denn die Polen stehen in der Kulturarbeit für Danzig so enorme Geldmittel hinein, daß es einfach rätselhaft erscheint, woher Polen solche Summen nimmt. Die polnische Kulturpolitik ist auf Sicht gestellt, und es wird aller Anstrengungen bedürfen, sie weiter in Schach zu halten.

Auch in Zukunft wird es daher unsere erste Aufgabe sein, die Aufrechterhaltung unseres Volkskörpers, den deutschen Charakter unseres Staates zu erhalten und der politischen und wirtschaftlichen Abdrückungsarbeit der Polen mit aller Energie entgegenzuarbeiten. Wir vertrauen fest darauf, daß das deutsche Volk in der Erkenntnis der schicksalhaften Bedeutung der östlichen Grenzlande für die deutsche Zukunft sich hinter die brüchige Ostgrenze stellen und unsere Reihen zu einer undurchdringlichen Mauer erhärten wird. Nur dann wird das Reich zu gegebener Zeit aktive Ostpolitik treiben können.

Bücherchau

Otto Karrer, Augustinus. Ein Lebensbild zu seinem Jubiläum (430–1930) feinsten Wertenumschlag und zweifarbiger Text. Oktav. 32 Seiten und 9 Bilder in Kupfer-Tiefdruck. Preis Mark 1.25. Verlag „Ars sacra“ Josef Müller, München.

Karrer Augustinusleben gehört nach dem allgemeinen Urteil zu den besten Schätzen der katholischen Literatur. So wird man es freudig begrüßen, daß zur Erinnerung des Augustin-Jubiläums eine Separatausgabe erscheint. — So frisch vom Menschen reden selten Heiligenleben. Man weiß ja, der Selbige ist nicht vom Himmel gefallen. Um so bezeichnender ist sein Ringen um Gott und sein Ringen in Gott gezeichnet — eine Lebensdarstellung von ergreifender Schönheit.

Daniel Confidine S. J. Vom religiösen Frohsinn. 124 Seiten Text und 9 Kupfer-Tiefdruckbilder. In Reinen gebunden Mark 2.40, kartoniert Mark 1.40. Verlag „Ars sacra“ Josef Müller, München 23, Bernedstr. 9.

P. Confidine hat sich schon durch sein erstes Büchlein die Herzen gewonnen. Das zweite Büchlein führt das erste geradlinig fort. Es atmet denselben Geist: aber wie ein guter Meister schöpft Confidine „Altes und Neues aus reichem Schatz“ der Erfahrung. Es ist der Geist: das tiefe Mitgefühl mit der menschlichen Natur und das bewundernde frische und geradlinige Gottvertrauen, das diesen modernen Evangelisten zum Teufelsdröckchen macht — er hat es nur mit dem Teufel der Frommen zu tun; den spürt er überall auf und jagt ihn aus allen Schlupfwinkeln: Die Gottesangst.

Westdeutscher Rundfunk

Donnerstag, 9. Januar 1930.

6.45–7.00 Selbstbesungen. — 7.00–8.00 Morgenkonzert. — 10.15–11.15 Schallplattenkonzert. — 11.30–12.00 Schulfunk. — 12.10 Phonokonzert. — 13.05–14.30 Mittagskonzert. — 14.30 Radiofestsitz für Haus. — 15.00–15.30 Kinderstunde. — 15.30 Wirtschaftsberichte. — 16.00–16.25 Die Welt im Buch. — 16.25 Zweite Wirtschaftsmeldungen. — 16.30–17.30 Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft. — 17.30–18.30 Vesperkonzert. — 18.30–18.50 Gutes Deutsch. — 18.50 Vom Tage. — 19.15–19.40 Spanisch. — 19.40–20.00 Der Jugendbund. — 20.00–20.55 Abendmusik. — 21.00 Sinfoniekonzert. — Anschl. Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht. — Anschl. bis 24.00 Konzertübertragung aus dem Hotel Wodum, Daus Neden.

Inserieren mit Verstand und Sinn
Bringt dir Kunden und viel Gewinn

Möbelfabrik
bei Kuster 125 070
Kleinerkeit, Katarin

Um kaiserl. Medicinal-Rathus fand dieser Tzge e
felleu Subtilitateres statt, zu der sich alle in ge
tztigen Clomus eingehenden hatten. Dazwelle es
hoch um die Ordnung ihres Collegen Sie, eines
des Clomus, der ein halbes Jahrhundert des Jahr
tums befristete. Der Clomus, der auf eine fünfzig
jährige Zeitigkeit in der Sprache nachvollzieh
höher Geracht, aber in Frankreich nachvollzieh
tund trat er zum erstenmal in St. Petersburg in
Sirena auf. Mit sechs Jahren war er Sockereiter,
elf Jahren Robbreitigkeit, und zwei Jahre sp
trat er dann in die Reihe der Clomus über.
hat in den fünfzig Jahren seiner Soufohn das ge
littum in Soufkanopol, Berlin, Stodholm und and
enuechigen Soufkanen befristet. Er war in St
bon, als in Soufkan die Revolution ausbrach.
in Soufkan, als der Weltling begann. Es gel